



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 11

November 1965

Blick auf morgen: Geborene, Gestorbene und Geburtenüberschuß

Grafik des Monats: Löhne, Preise, Verbrauchsausgaben 1955-1964

Aufsätze: **33** Bundestagswahl 1965 (Teil 1)

Gebäude in der Landwirtschaft

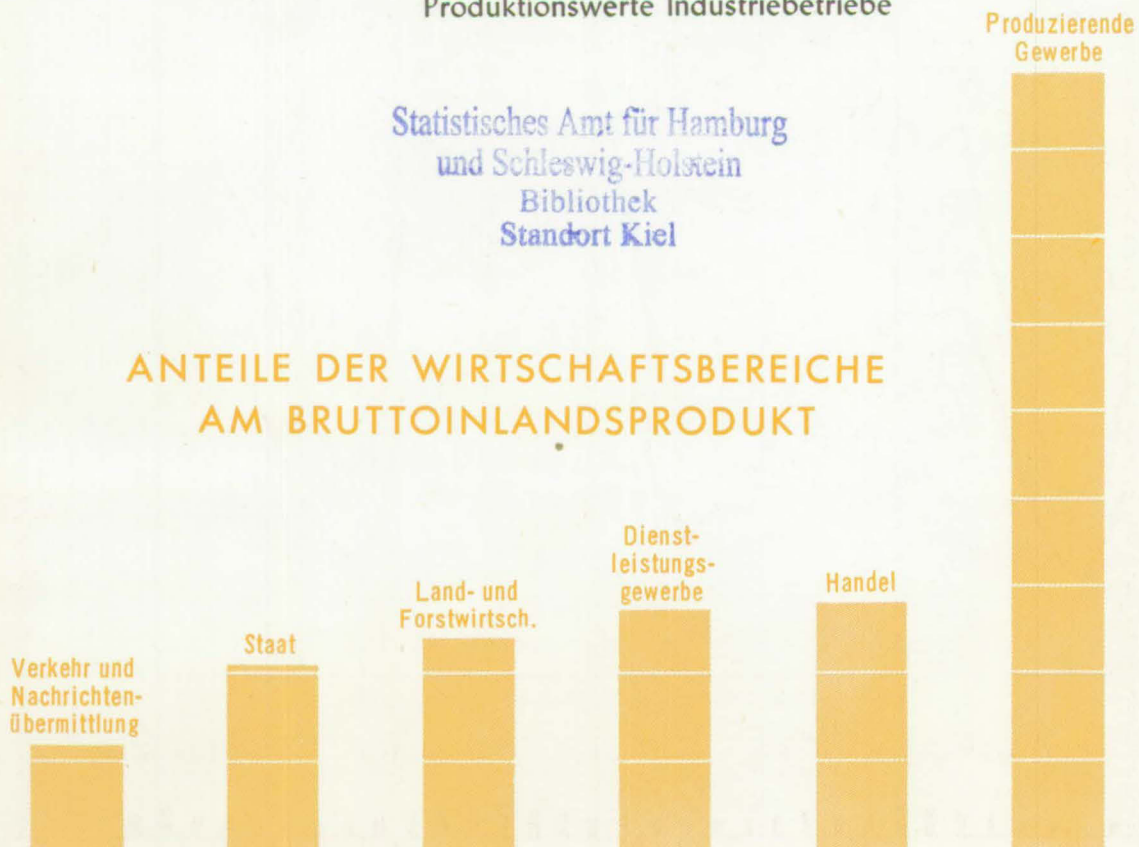
Sozialhilfe 1963 und 1964

Kurzberichte: Finanzierung des Studiums

Produktionswerte Industriebetriebe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

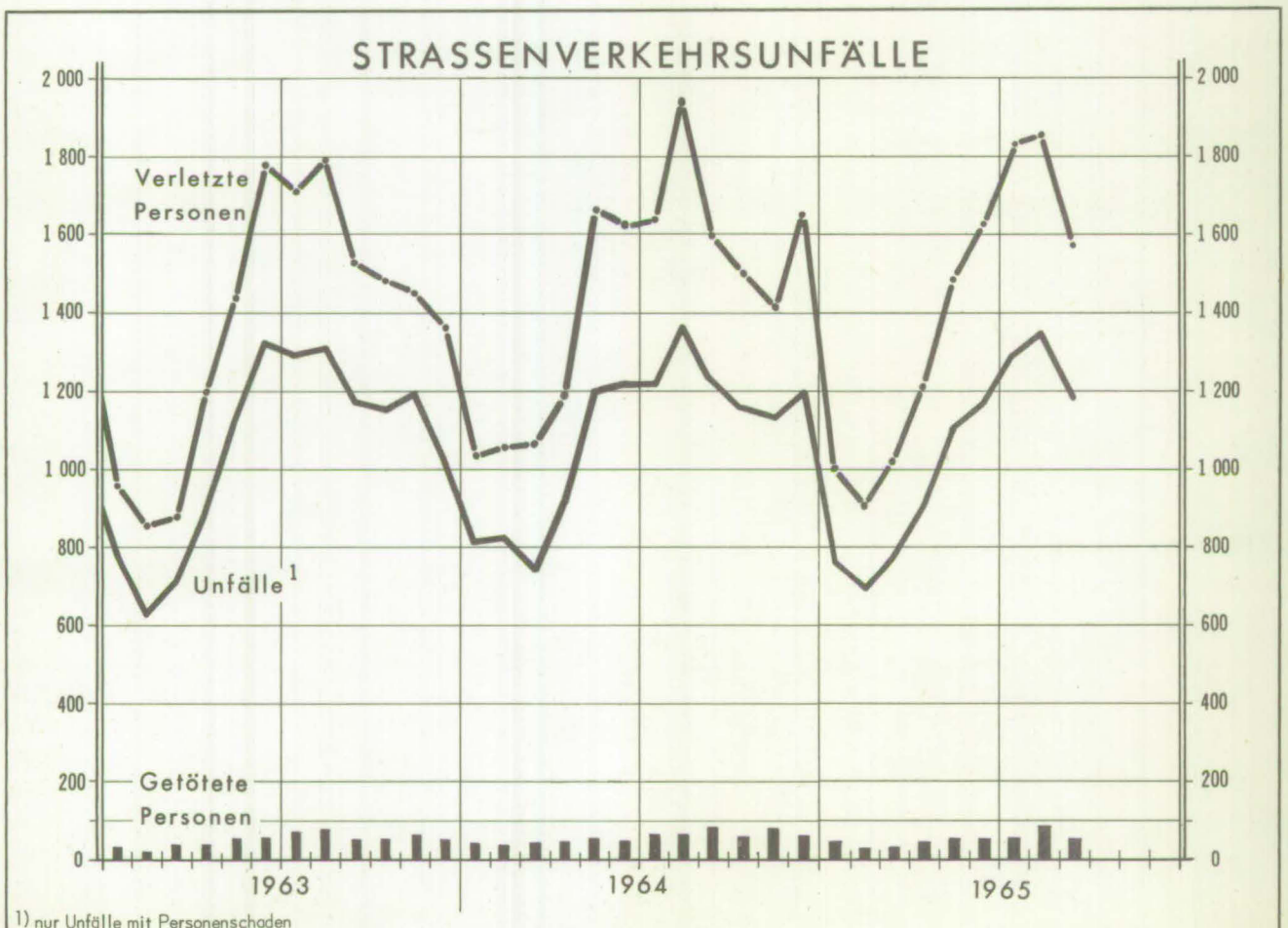
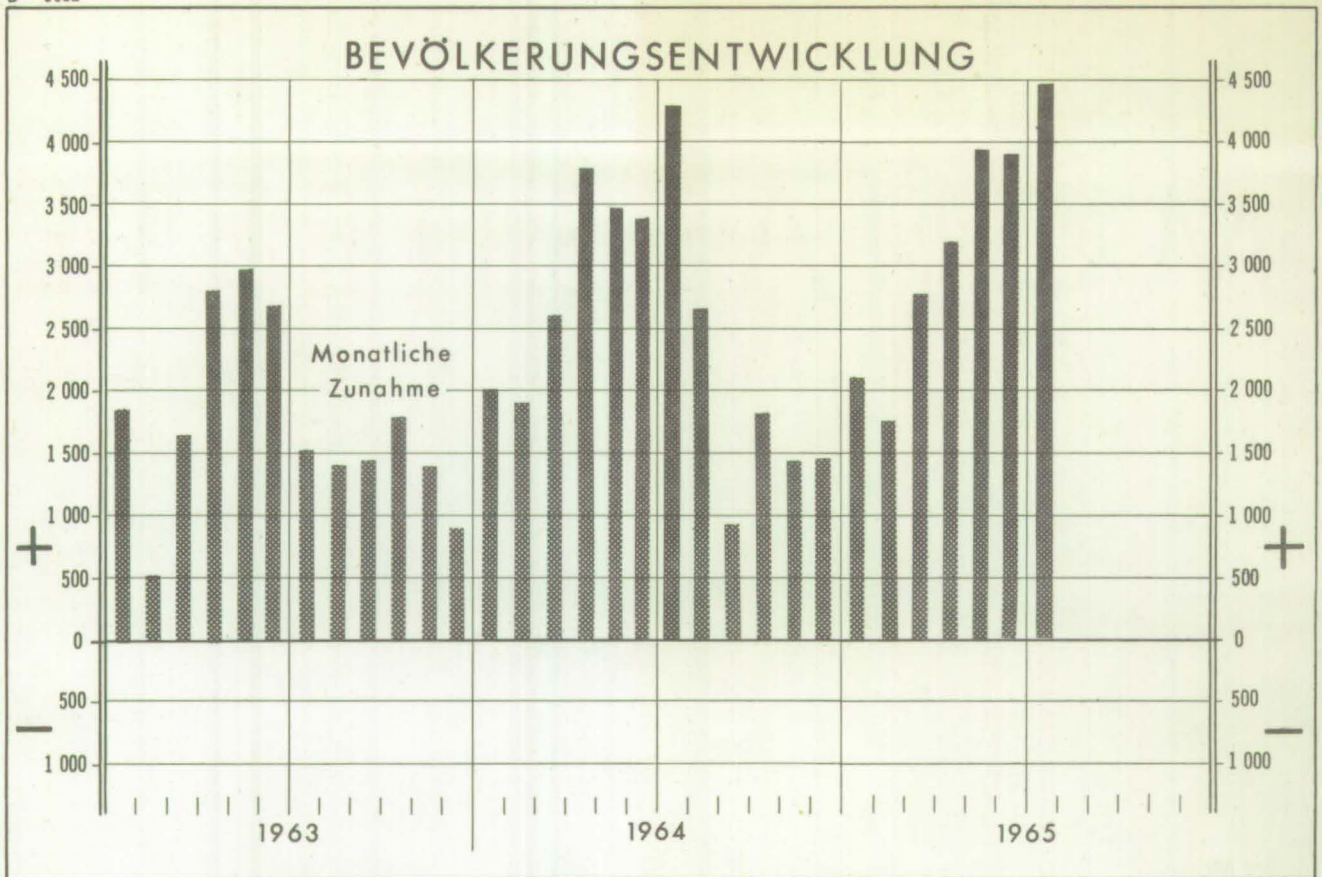
ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E



¹⁾ nur Unfälle mit Personenschaden

INHALT 11/65

Aktuelle Auslese	241
Blick auf morgen	242
Aus dem Inhalt	242-243
Aufsätze	
Die Bundestagswahl 1965 in Schleswig-Holstein (Teil 1)	244-249
Die Gebäude in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins	249-255
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe in Schleswig-Holstein 1963 und 1964	255-262
Kurzberichte	
Die Finanzierung des Studiums	262-263
Produktionswerte und Investitionen der Industriebetriebe 1962	263-264
Grafik des Monats	252-253
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A – allgemein –	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

B III 1 – 5/1965

„Die Bundestagswahl am 19. September 1965
in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis)“

86 Seiten, Preis 4,60 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1965

Berufspendler nach dem Zeitaufwand
Betriebsstruktur im Gartenbau
Strukturveränderung Handwerk
Höhenlagen
Vertriebene in der Wirtschaft
Postleistungen 1964

Heft 7/1965

Preisindex für die Lebenshaltung
Einkünfte der Unternehmer
Produktionsstruktur Erwerbsgartenbau
Kapitalgesellschaften
Einzelhandel 1964

Heft 8/1965

Tuberkulose 1964
Verdienststruktur gewerbliche Wirtschaft
Konsumgenossenschaften
Handwerksbetriebe nach der Rechtsform
Betriebsgrundstücke im Handwerk
Handwerkliche Nebenbetriebe

Heft 9/1965

Unternehmen des Verkehrs 1962
Beschäftigtenstruktur im Handwerk
Wasserversorgung der Industrie
Erzeugerpreise in der Industrie
Kommunale Bauinvestitionen
Wirtschaftliche Leistung 1964

Heft 10/1965

Nahrungs- und Genußmittelindustrie
Schiffsbestand 1963
Vermögensteuer 1963



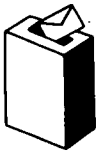
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 11

November 1965

Aktuelle Auslese



Frauen wählen häufiger CDU

Erste Untersuchungen über die Stimmenabgabe der Männer und Frauen haben ergeben, daß in den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 48 von 100 Frauen der CDU ihre Zweitstimme gegeben haben, aber nur 38 von 100 Männern. Umgekehrt haben 50 von 100 Männern SPD gewählt, aber nur 42 von 100 Frauen. Für die FDP stimmten bei beiden Geschlechtern 8 von 100.

Da die Zahl der wahlberechtigten Frauen größer als die der Männer ist, sind die Anteile der Parteien an Männer- und Frauenstimmen verschieden groß. Die Zweitstimmen der CDU wurden in den vier kreisfreien Städten zu sechs Zehnteln von weiblichen Wählern abgegeben, während die SPD von Männern und Frauen gleich viele Stimmen erhielt. Die Wählerschaft der FDP besteht zu 55 % aus Frauen.

Partei	Besondere Ermittlung - kreisfreie Städte -		Dagegen Schl.-Holst.	
	Männer	Frauen	insgesamt	
abgegebene Zweitstimmen in %				
CDU	37,6	47,8	43,2	48,2
SPD	50,4	41,8	45,6	38,8
FDP	7,8	7,8	7,8	9,4
alle	100	100	100	100



Weniger landwirtschaftliche Betriebe

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat im Laufe der letzten 5 Jahre weiter abgenommen. Besonders groß war der Rückgang in den Größenklassen zwischen 5 und 15 ha landw. Nutzfläche. Dagegen gab es Zunahmen im ausgesprochen bäuerlichen Bereich. Die Grenze zwischen Zunahmen und Abnahmen hat sich gegenüber dem früheren Vergleichszeitraum 1949/1960 weiter nach oben verschoben: erstmals ist auch in der Größenklasse 15 bis 20 ha ein Rückgang eingetreten.

Größenklasse nach der LN in ha	Zahl der Betriebe		Veränderung in %
	1960	1965 ¹	
0,5 - 1	3 991	4 048	+ 1,4
1 - 2	4 798	4 409	- 8,1
2 - 5	8 126	6 834	- 15,9
5 - 10	6 703	5 427	- 19,0
10 - 15	6 320	5 159	- 18,4
15 - 20	6 839	6 319	- 7,6
20 - 30	9 782	10 243	+ 4,7
30 - 50	7 947	8 316	+ 4,6
50 - 100	3 077	3 145	+ 2,2
100 und darüber	571	577	+ 1,1
Insgesamt	58 154	54 477	- 6,3

1) vorläufige Zahlen



Englisch an Volksschulen

Der Anteil derjenigen Volksschüler der 5. - 9. Klassen, die Englisch lernen, ist von Jahr zu Jahr gestiegen; 1965 dürfte er über drei Viertel ausmachen:

1960	62 %	1963	72 %
1961	63 %	1964	75 %
1962	67 %		

Als absolute Zahl bedeutet das: beinahe 65 000 Volksschüler hatten 1964 Unterricht in englischer Sprache.



Mehr Ehescheidungen

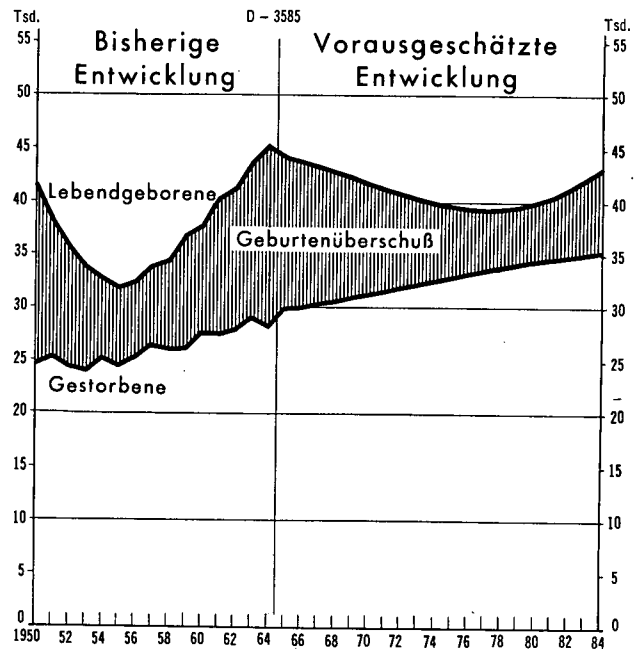
1964 wurden 2 343 Ehen geschieden, 9 aufgehoben und 5 für nichtig erklärt. Die Zahl der Scheidungen lag damit um fast 300 höher als in den letzten drei Jahren und um 400 höher als 1958 - 1960. 94 % aller Scheidungen wurden wegen "anderer Eheverfehlungen" ausgesprochen, 4 % wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft, 1 % wegen Ehebruchs. Männer wurden etwa fünfmal so häufig schuldig gesprochen wie Frauen. Mehr als 2 500 minderjährige Kinder wurden durch die Scheidung ihrer Eltern betroffen.

Blick auf morgen

Geborene, Gestorbene und Geburtenüberschuß

Im Jahre 1964 wurden in Schleswig-Holstein über 45 000 Kinder geboren und gut 28 000 Einwohner sind gestorben. Die Differenz zwischen diesen beiden Zahlen ergibt einen Geburtenüberschuß von 17 000 Personen. Das nebenstehende Bild zeigt, daß auch in den kommenden zwei Jahrzehnten mit einem Geburtenüberschuß in Schleswig-Holstein zu rechnen ist.

In den nächsten Jahren wachsen diejenigen Personen ins heiratsfähige Alter hinein, die nach 1944 geboren sind und die - verglichen mit den vor 1944 Geborenen - schwach besetzten Geburtsjahrgängen angehören. Es wird daher weniger Eheschließungen und Geburten geben. Andererseits wird die Zahl der Sterbefälle ansteigen, weil der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung in diesen Jahren größer wird. Durch diese gegenläufige Entwicklung von Geburten und Sterbefällen wird sich der Geburtenüberschuß in den nächsten anderthalb Jahrzehnten vermindern.



Aus dem Inhalt

Bundestagswahl 1965 (Teil 1) Seite 244

Für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag waren in Schleswig-Holstein fast 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt. Das bedeutet, daß sieben Zehntel der Wohnbevölkerung das aktive Wahlrecht besaßen. Gegenüber der Bundestagswahl 1961 hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um 61 000 erhöht. Nicht alle Wahlberechtigten haben ihr Recht in die Tat umgesetzt; nur 1,4 Mill. von ihnen haben gewählt, das sind 85,9 % der Wahlberechtigten. 1961 hat die Wahlbeteiligung 88,0 % betragen. Eine große Zahl von Wahlberechtigten machte von der Möglichkeit Gebrauch, mittels Briefwahl ihr Wahlrecht auszuüben. Beinahe 103 000 oder 7 % der Wähler wählten auf diese Weise. Die Zahl der Wähler, deren Stimme für ungültig erklärt werden mußte, ist rückläufig. 2,8 % der Erststimmen und 2,2 % der Zweitstimmen waren ungültig.

Im Landesdurchschnitt erhielt die CDU von den 1,4 Mill. gültigen Erststimmen mit 50,8 % die absolute Mehrheit und stellt im neuen Bundestag 10 Wahlkreis-Abgeordnete. Die SPD errang 39,2 % der Stimmen und einen Sitz. Die übrigen Parteien gingen leer aus. In acht Wahlkreisen konnten die CDU-Bewerber die absolute Mehrheit erringen. Der einzige erfolgreiche SPD-Kandidat blieb mit 49 % in seinem Wahlkreis knapp darunter.

Von den reichlich 1,4 Mill. Zweitstimmen, die abgegeben wurden, erhielt die CDU 683 000 Stimmen oder 48,2 %, die SPD 550 000 Stimmen oder 38,8 %, die FDP 133 000 Stimmen oder 9,4 % und die übrigen drei Parteien insgesamt 51 000 Stimmen oder 3,6 %. Da diese übrigen Parteien bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt werden, errechnete

sich sogar ein Anteil von 50 % für die CDU, von 40,3 % für die SPD und von 9,7 % für die FDP. Für die CDU ergeben sich daraus 11 Abgeordnete, für die SPD 8 und für die FDP 2. Da die CDU 10 Bewerber in den Wahlkreisen direkt durchgebracht hatte, verbleibt ihr nur noch ein Listensitz. Die SPD erhielt 7 Listensitze und die FDP, von der kein Wahlkreis-Kandidat erfolgreich war, zwei.

Gebäude in der Landwirtschaft Seite 249

In der Landwirtschaftszählung 1960 ist erstmalig auch nach Art und Alter von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in der Landwirtschaft gefragt worden. Dabei zeigte sich, daß von den 44 400 Wohngebäuden von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe zwei Drittel in baulichem Zusammenhang mit Wirtschaftsgebäuden standen. Während jedoch in den Kleinbetrieben drei Viertel der Betriebsinhaber-Wohngebäude mit Wirtschaftsgebäuden verbunden waren, überwog bei den Betrieben von 50 ha LN an die räumliche Trennung von Wohn- und Wirtschaftsteil. Die Mehrzahl der Wohngebäude der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe ist recht alt. Über die Hälfte dieser Wohngebäude wurde vor 1900 errichtet. Fast zwei Drittel aller Wohnungen in den Bauernhäusern hatten 1960 keine ausreichende Fäkalienbeseitigung, knapp ein Viertel nicht einmal ausreichende Wasserversorgung. Der Nachholbedarf in bezug auf Neu- und Erweiterungsbauten der Wirtschaftsgebäude in landwirtschaftlichen Betrieben ist kreisweise sehr unterschiedlich. Die günstigsten Verhältnisse waren 1960 in den Kreisen Plön, Hztg. Lauenburg und Südtondern zu finden. Am ungünstigsten waren die Verhältnisse im Kreis Eiderstedt. Dort

stammten 1960 65 % der Betriebsinhaber-Wohngebäude aus dem vorigen Jahrhundert. Nur 10 % der Wohnungen in den Bauernhäusern waren vollwertig. Wie von den Wohngebäuden, so entspricht auch von den Wirtschaftsgebäuden ein großer Teil nicht mehr den heutigen Anforderungen in hygienischer und arbeitswirtschaftlicher Hinsicht. Die Altersverteilung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude ist stark von der Verwendungsart abhängig. Während von den Großviehställen, Schweineställen, Viehställen mit Scheune und Scheunen 1960 jeweils rund ein Drittel im vorigen Jahrhundert erbaut waren, stammten von den Kleinviehställen und Maschinenschuppen nur 12 bzw. 14 % aus dieser Zeit.

Sozialhilfe 1963 und 1964

Seite 255

Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 85,4 Mill. DM für Sozialhilfe einschließlich Tbc-Hilfe (ohne "Weitere Leistungen") ausgegeben und 1964 88,5 Mill. DM. Die Ursachen dieser Steigerung sind vor allem in der Ausweitung der Hilfe in besonderen Lebenslagen zu suchen, auf die 1963 50 % und 1964 54 % aller Ausgaben entfielen. Fast sieben Zehntel des Gesamtaufwandes wurden sowohl 1963 als auch 1964 von den kreisfreien Städten und Kreisen getragen, gut drei Zehntel vom Landessozialamt. Bei den örtlichen Trägern überwogen die Ausgaben für außerhalb von Anstalten gewährte Leistungen, bei überörtlichen Trägern die Aufwendungen für die Unterbringung von Sozialhilfeempfängern in Anstalten und Heimen. Von den Ausgaben für Sozialhilfe entfielen 1963 und auch 1964 über die Hälfte auf Ausgaben bei Hilfen außerhalb von Anstalten. Die Belastung mit Sozialhilfe betrug 1963 in Schleswig-Holstein 35,90 DM je Einwohner und 1964 36,80 DM.

Die Ausgaben für die Kriegsofopferfürsorge erreichten 1963 in Schleswig-Holstein 11,9 Mill. DM und 1964 11,5 Mill. DM. Von diesen Beträgen entfielen 1963 66 % und 1964 61 % auf Erziehungsbeihilfen. Die Ausgaben für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt beliefen sich auf 13 % bzw. 15 % der Gesamtausgaben. Der Aufwand der Kriegsofopferfürsorge je Einwohner berechnet betrug 1963 in Schleswig-Holstein 5,02 DM und 1964 4,78 DM.

Im Bundesgebiet belief sich 1963 der Aufwand für Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge auf 2,3 Mrd. DM, davon entfielen auf Schleswig-Holstein 105 Mill. DM. Die Belastung je Einwohner erreichte im Bundesdurchschnitt 37,50 DM. Schleswig-Holstein lag dabei mit einer Belastung von rund 40,90 DM je Einwohner über dem Bundesdurchschnitt.

1964 wurden vom Land, von den Gemeinden und Gemeindeverbänden Schleswig-Holsteins 19,5 Mill. DM für Jugendhilfe ausgegeben. Von den Kosten wurden ein Viertel vom Landesjugendamt und drei Viertel von den örtlichen Trägern aufgebracht. Der Aufwand in Heimen und anderen Einrichtungen war sechsmal so groß wie der Aufwand außerhalb von Einrichtungen. Im Rahmen der Gesamtkosten standen die Ausgaben für Unterbringung in Heimpflege mit 6,7 Mill. DM an der Spitze; nur 2,1 Mill. DM wurden demgegenüber für die Unterbringung in Familienpflege ausgegeben. 1964 betrug die Belastung je Einwohner in Schleswig-Holstein für Jugendhilfe 8,12 DM.

Finanzierung des Studiums

Seite 262

Nach Aussagen der Studierenden der Universität in Kiel stehen auch heute noch die Mittel der Eltern als Finanzierungsquelle für das Studium weitaus an erster Stelle. Im Durchschnitt der sechs Sommersemester 1959 bis 1964 studierten 55 % aller Studierenden überwiegend auf Kosten der Eltern, und 13 % finanzierten ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit. Rund ein Viertel aller Studierenden konnte das Studium überwiegend mit Hilfe öffentlicher Mittel finanzieren.

Produktionswerte Industriebetriebe S. 263

Die gesamte wirtschaftliche Leistung der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe belief sich 1962 auf 7,75 Mrd. DM. Um diese Leistung zu erbringen, wurden für knapp 4 Mrd. DM Material verbraucht. Vermindert man die Gesamtleistung (Bruttoproduktionswert) um den Materialverbrauch (einschließlich der vergebenen Lohnarbeiten), dann erhält man den Nettoproduktionswert der Betriebe. Er machte bei rund 1 400 schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 3,8 Mrd. DM aus. Auf die Beschäftigten umgerechnet ergab sich ein Durchschnittswert von etwa 21 800 DM. Setzt man den Nettoproduktionswert zum Bruttoproduktionswert in Beziehung, dann erhält man die Nettoquote, die sich für die Gesamtheit der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe auf knapp 49 % stellte. Im Geschäftsjahr 1962 investierten die in Schleswig-Holstein ansässigen Industriebetriebe 452 Mill. DM; das waren 6 % des Umsatzes. Mehr als die Hälfte der Investitionen wurde für die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen aufgewendet.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, \bar{x} = Durchschnitt.
- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt.
- Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Die Bundestagswahl 1965 in Schleswig-Holstein

Teil 1

Wahlberechtigte

Für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag waren in Schleswig-Holstein fast 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt. Das bedeutet, daß sieben Zehntel der Wohnbevölkerung das aktive Wahlrecht besaßen. Die übrigen waren entweder noch nicht über 21 Jahre alt, besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit nicht, hatten weder ihren Wohnsitz noch dauernden Aufenthalt mindestens drei Monate im Wahlgebiet oder waren aus anderen Gründen - wie Geisteskrankheit oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte - von der Wahl ausgeschlossen.

Die Verteilung der Wahlberechtigten auf 11 Wahlkreise ergibt eine Durchschnittszahl von 153 000. Die größte Zahl von Wahlberechtigten weist der Wahlkreis 10 Stormarn - Hzgt. Lauenburg mit 207 000 auf und die kleinste der Wahlkreis 1 Flensburg mit 114 000. Sie weichen vom Landesdurchschnitt um + 35% und - 25% ab. Das in der Bundesrepublik durch die Zweitstimme zum Zuge kommende Verhältniswahlrecht bringt es jedoch mit sich, daß alle Abgeordneten letztlich mit etwa der gleichen Stimmenzahl gewählt worden sind.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um 61 000 erhöht. Durch Umzug, Tod und Erreichen des 21. Lebensjahres haben sich aber viel stärkere Verschiebungen ergeben. So sind über 155 000 Wähler zum ersten Mal wahlberechtigt gewesen, und zwar 85 000 junge Männer und 70 000 junge Frauen. Außerdem sind etwa 190 000 Wahlberechtigte nach Schleswig-Holstein zugezogen, 110 000 verstorben und 165 000 aus Schleswig-Holstein fortgezogen¹. In Schleswig-Holstein sind also nicht nur 61 000 Personen neu wahlberechtigt gewesen, sondern über 600 000 und damit jeder Dritte.

Auf Altersgruppen verteilen sich die Wahlberechtigten folgendermaßen:

Lebensalter	Anteil in %
bis 30 Jahre	21
30 " 40 "	17
40 " 50 "	15
50 " 60 "	19
60 Jahre und älter	28

Beinahe die Hälfte aller Wahlberechtigten ist also über 50 Jahre alt. Eine umfassendere

Analyse über die Altersstruktur der Wahlberechtigten und ihre Teilnahme an der Wahl, getrennt nach Männern und Frauen, wird an gleicher Stelle Anfang nächsten Jahres erscheinen, nachdem die entsprechenden repräsentativen Ergebnisse ausgewertet sind.

Wähler

Nicht alle Wahlberechtigten haben ihr Recht in die Tat umgesetzt; nur 1,4 Mill. von ihnen haben gewählt, das sind 85,9% der Wahlberechtigten. 1961 hatten dagegen 88% ihr Wahlrecht wahrgenommen. Die Wahlbeteiligung weist damit in Schleswig-Holstein eine, wenn auch schwache, rückläufige Tendenz auf, denn 1957 war sie mit 88,3% noch höher gewesen. In den anderen Bundesländern besteht eine ähnliche Neigung, so daß sich auch im Bundesgebiet insgesamt mit 86,8% eine niedrigere Wahlbeteiligung ergab als bei den beiden vorangegangenen Wahlen. Die Wahlbeteiligung war mit 89,2% im Saarland bei weitem am höchsten und in Baden-Württemberg mit 84,8% am niedrigsten; Schleswig-Holstein, das erstmals bei einer Bundestagswahl unter dem Bundesdurchschnitt liegt, hat die zweitniedrigste.

Die allgemeine Tendenz der rückläufigen Wahlbeteiligung wird dadurch bestätigt, daß sie in allen Wahlkreisen auftritt. Im Wahlkreis Pinneberg, wo schon 1961 das Wahlinteresse sehr groß war, war die Wahlbeteiligung mit 87,8% am größten. Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag hatten die im Wahlkreis Stormarn - Hzgt. Lauenburg ansässigen Wahlberechtigten am häufigsten gewählt, nämlich mit fast neun Zehnteln. Die niedrigste Wahlbeteiligung ergab sich, wie bereits 1957 und 1961 mit 82,1% bei dem die vier Kreise Eiderstedt, Husum, Norderdithmarschen und Südtondern umfassenden Wahlkreis Husum. Beachtlich ist, daß in den drei nördlichsten Wahlkreisen, in denen der SSW-Anteil 1961 am höchsten war, die Wahlbeteiligung am geringsten war. Es liegt die Vermutung nahe, daß viele SSW-Wähler nicht zur Wahl gegangen sind, da weder ihre Partei noch einer ihrer Bewerber kandidierte. Die beiden Großstädte Schleswig-Holsteins, Kiel und Lübeck, lagen mit 86,1 und 86,3% leicht über dem Landesdurchschnitt.

Eine sehr große Zahl von Wahlberechtigten machte von der Möglichkeit Gebrauch, mittels Briefwahl ihr Wahlrecht auszuüben. Die

¹) siehe auch Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 238 (Oktober)

Wahlberechtigte und Wähler

Wahlkreis	Wahlberechtigte		Wahlbeteiligung in %	
	1961	1965	1961	1965
1 Flensburg	112 038	114 222	85,7	82,2
2 Schleswig-Eckernförde	124 459	128 275	87,9	84,4
3 Husum	135 125	140 338	85,5	82,1
4 Steinburg-Süderithmarschen	137 617	139 425	88,9	86,6
5 Rendsburg-Neumünster	163 958	167 994	88,3	85,9
6 Kiel	178 387	179 450	86,5	86,3
7 Plön	126 584	132 265	89,2	86,7
8 Segeberg-Eutin	128 629	135 466	89,2	86,6
9 Pinneberg	151 027	164 967	89,2	87,8
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	194 569	207 361	89,9	87,6
11 Lübeck	173 748	177 503	87,5	86,3
Schleswig-Holstein	1 626 141	1 687 266	88,0	85,9

Briefwahlunterlagen werden an jeden Wahlberechtigten ausgegeben, der sich am Wahltag aus wichtigem Grunde außerhalb des Wahlbezirks aufhält - auch Urlaub gilt als Grund - oder infolge Alters oder Krankheit den Wahlraum nicht aufsuchen kann. Beinahe 103 000 oder 7% der Wähler gingen am Wahltag nicht selbst zur Wahlurne, sondern wählten vorher oder schickten ihren Wahlbrief von außerhalb an ihren Kreiswahlleiter. Bei der vorangegangenen Wahl waren es 83 000 oder 6% gewesen. Mit einem Wahrschein im engeren Sinne, der dem Wähler Freizügigkeit innerhalb des Wahlkreises am Tage der Wahl gewährt, wählten 4 000 Personen. Insgesamt haben also 107 000 Wahlberechtigte mit einem Wahrschein gewählt.

Die Zahl der Wähler, deren Stimme für ungültig erklärt werden mußte, ist rückläufig. 41 000 oder 2,8% der Erststimmen und gut 32 000 oder 2,2% der Zweitstimmen waren ungültig. Zum nicht unbedeutenden Teil ist die Ungültigkeit der Stimmen darauf zurückzuführen, daß beide Stimmen auf einem Stimmzettel abzugeben waren. Die Wahlordnung bestimmt nämlich, daß ein Stimmzettel, auf dem die Erst- oder Zweitstimme nicht angekreuzt war, bei der Feststellung der betreffenden Stimme als ungültig gezählt wird. Wirklich falsch ausgefüllt, ob absichtlich oder unabsichtlich, werden viel weniger Stimmzettel.

Wahl der Wahlkreis-Abgeordneten

Der Wähler hatte, wie bei der vorangegangenen Bundestagswahl, zwei Stimmen. Mit seiner Erststimme konnte er einen Wahlkreis-kandidaten und mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei wählen. Die Erststimme ist demnach dafür entscheidend,

welcher Abgeordnete den Wahlkreis im Bundestag vertritt, während die Zweitstimme darüber entscheidet, wieviel Abgeordnete eine Partei insgesamt in den Bundestag entsendet. Die Zahl der Wahlberechtigten in einem Wahlkreis soll um nicht mehr als ein Drittel vom Bundesdurchschnitt abweichen. Dies führte u. a. auch zur Neueinteilung Schleswig-Holsteins von bisher 14 in 11 Wahlkreise.

Um ein Wahlkreis-Mandat hatten sich in den 11 Wahlkreisen Schleswig-Holsteins 65 Kandidaten beworben. Die CDU, SPD, FDP, DFU und NPD hatten in allen Wahlkreisen einen Bewerber aufgestellt, die AUD in 9 und die FSU nur in einem Wahlkreis. Von den 11 Kandidaten der CDU hatten 6 bereits 1961 ein Wahlkreismandat errungen. Die übrigen ebenfalls 1961 erfolgreichen Wahlkreis-Abgeordneten der CDU haben entweder überhaupt nicht mehr kandidiert (4), sind verstorben (2) oder nur noch auf der Landesliste (1) aufgestellt. Der einzige erfolgreiche SPD-Wahlkreiskandidat kandidierte nicht mehr. Alle übrigen Parteien waren im 4. Deutschen Bundestag nicht durch einen Wahlkreis-Abgeordneten vertreten.

Unter den Direktbewerbern befanden sich nur zwei Frauen; 1961 waren es vier gewesen.

Die Neueinteilung Schleswig-Holsteins in 11 Wahlkreise bringt es mit sich, daß direkte Vergleiche mit 1961 nicht möglich sind. Die Ergebnisse von 1961 wurden deshalb auf die Wahlkreiseinteilung von 1965 umgerechnet. Bei den Vergleichen wird also von 11 Wahlkreisen ausgegangen und somit von 11 Abgeordneten und nicht von 14, die Schleswig-Holstein 1961 in Wirklichkeit stellte.

Im Landesdurchschnitt erhielt die CDU von den 1,4 Mill. gültigen Erststimmen mit 50,8% die absolute Mehrheit und stellt im

Wahl der Wahlkreis-Abgeordneten

Wahlkreise	Anzahl der gültigen Erststimmen	davon entfielen auf								
		CDU			SPD			Übrige ¹		
		Anzahl	in %	dag. 1961 in %	Anzahl	in %	dag. 1961 in %	Anzahl	in %	dag. 1961 in %
1 Flensburg	90 554	44 415	49,0	40,6	36 074	39,8	27,0	10 065	11,1	32,3
2 Schleswig-Eckernförde	105 366	57 166	54,3	47,9	38 357	36,4	30,9	9 843	9,3	21,2
3 Husum	111 669	63 672	57,0	48,2	34 560	30,9	27,5	13 437	12,0	24,2
4 Steinburg-Süderdithmarschen	116 294	60 686	52,2	43,1	41 304	35,5	35,4	14 304	12,3	21,4
5 Rendsburg-Neumünster	141 027	74 904	53,1	46,1	53 425	37,9	36,4	12 698	9,0	17,5
6 Kiel	151 287	65 699	43,4	39,6	74 171	49,0	46,3	11 417	7,5	14,0
7 Plön	111 092	56 041	50,4	43,0	44 659	40,2	38,9	10 392	9,4	18,0
8 Segeberg-Eutin	114 496	61 340	53,6	44,2	39 749	34,7	31,9	13 407	11,7	23,9
9 Pinneberg	139 523	69 692	50,0	41,4	56 916	40,8	40,7	12 915	9,3	17,9
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	177 077	90 033	50,8	42,4	67 760	38,3	37,8	19 284	10,9	19,9
11 Lübeck	149 551	71 410	47,7	43,6	64 792	43,3	40,2	13 349	8,9	16,2
Schleswig-Holstein	1 407 936	715 058	50,8	43,5	551 767	39,2	36,5	141 111	10,0	20,0

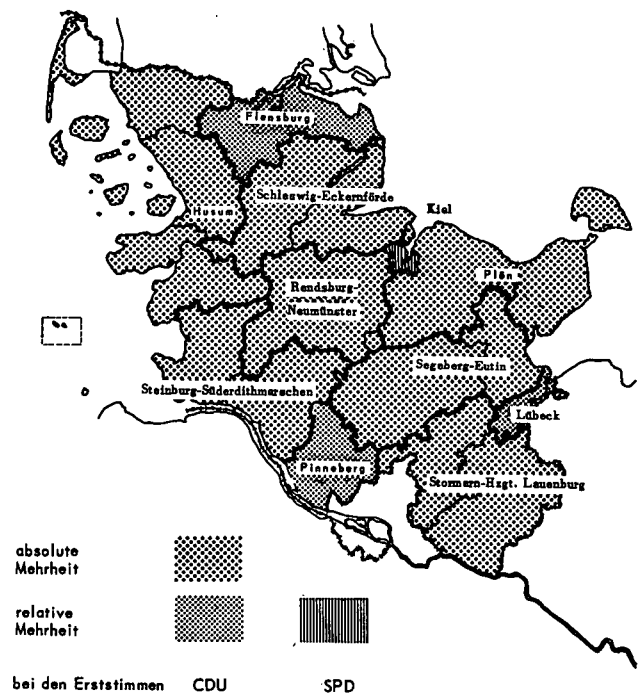
1) 1965 = FDP, AUD, DFU, NPD, FSU
 1961 = FDP, GDP, DRP, SSW, DFU, DG

neuen Bundestag 10 Wahlkreis-Abgeordnete. Die SPD errang 39,2% und einen Sitz. Die übrigen Parteien gingen leer aus. Für sie war das Rennen um ein Direktmandat aussichtslos: die CDU erhielt im ungünstigsten Wahlkreis 43,4% und die SPD 30,9% der Stimmen, die FDP dagegen im günstigsten 9,3% und alle anderen waren mit höchstens 2,5% noch bedeutungsloser. Auch 1961 wäre - bei der gleichen Anzahl von Wahlkreisen - die CDU zehnmal erfolgreich gewesen und die SPD einmal.

Die erfolgreichen Wahlkreiskandidaten errangen ihre Mandate mit Stimmanteilen von 47,7% bis 57%. Den größten Anteil erzielte der CDU-Kandidat im Wahlkreis Husum und den geringsten der CDU-Kandidat des Wahlkreises Lübeck. In acht Wahlkreisen konnten die CDU-Bewerber die absolute Mehrheit erringen. Der einzige erfolgreiche SPD-Kandidat blieb mit 49% in seinem Wahlkreis knapp darunter. Der Abstand zwischen dem Wahlkreissieger und dem Zweiten ist im Wahlkreis Lübeck mit 4,4 Punkten am geringsten und im Wahlkreis Husum mit 26,1 Punkten am größten. Er hat sich in den meisten Wahlkreisen gegenüber 1961 vergrößert. In keinem Wahlkreis hat sich die Spitzenposition geändert. Am auffallendsten war die Veränderung im Wahlkreis Pinneberg, wo die SPD 1961 nur knapp an 2. Stelle gelegen hatte und sich dieses Mal mit einem deutlichen Rückstand von 9,2 Punkten geschlagen geben mußte. In zwei Wahlkreisen verringerte sich der Vorsprung der siegreichen Partei, und zwar in Flensburg der der CDU um 4,4 Punkte und in Kiel der der SPD um 1,1 Punkt.

Im Durchschnitt sind die neuen direkt gewählten Abgeordneten 48 Jahre alt; der jüngste wird gerade 37 und der älteste ist 64 Jahre alt. Dem angegebenen Beruf nach überwiegen die Bauern: 4 Abgeordnete bezeichnen sich als Bauer oder Landwirt, Presse und Rundfunk stellen ebenso wie die Beamten je 2 Abgeordnete. Ferner bewarben sich ein Bundesminister, ein Direktor eines Industrie-

D 3579 Partei und Stimmenanteile der Wahlkreis-Abgeordneten
 Bundestagswahl 1965



Unternehmens und ein Kaufmann erfolgreich um die Gunst der Wähler.

Wahl der Landesliste

Wie schon im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, ist die Zweitstimme, die über die Landesliste einer Partei entscheidet, für die Gesamtzahl der Abgeordneten maßgebend. Nach dem Zweitstimmenergebnis wird mit Hilfe des d'Hondt'schen-Höchstziffernverfahrens die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei im Bundestag erhält, berechnet. Wiederum nach dem d'Hondt'schen Verfahren werden dann die Parteisitze auf die einzelnen Landeslisten verteilt. Die Zweitstimmen werden also so behandelt, als wären sie für eine Bundesliste abgegeben worden. Die "Listenverbindung", von der nur die CSU keinen Gebrauch gemacht hat, verhindert die sogenannten unausgenutzten Reststimmen. Die unausgenutzten Reststimmen können bei einer getrennten Aufteilung nach Bundesländern entstehen, wenn beispielsweise für eine Partei 60 000 Stimmen abgegeben werden, sie dadurch 1 Sitz erhält und im Bundesdurchschnitt nur 50 000 notwendig gewesen wären. Durch Zusammenfassen der Landeslisten werden die Reste weitgehend verwertet. Von der so errechneten Gesamtzahl der Sitze werden die direkt gewählten Kandidaten abgezogen und der evtl. verbleibende Rest nach der Reihenfolge der Landesliste verteilt. Eine Partei muß, um bei diesem Verfahren berücksichtigt zu werden, mindestens 5% aller im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder drei Direktmandate erzielt haben. Parteien nationaler Minderheiten, wie der SSW, der zur diesjährigen Wahl nicht kandidierte, sind von dieser Sperrklausel ausgenommen. Nur die CDU, CSU, die SPD und die FDP erfüllten diese Forderungen. Die 496 Abgeordneten des Bundestages sollen zur Hälfte direkt in den 248 Wahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt werden und die andere Hälfte nach den oben angeführten Grundsätzen

der Verhältniswahl. Das Verhältnis von 1 : 1 ist bei der diesjährigen Bundestagswahl durch die Neueinteilung der Wahlkreise erstmals erreicht worden. Bisher hatten die nach ihrer Bevölkerungszahl sehr kleinen Wahlkreise zu Überhangmandaten und damit zu einer Vermehrung der nach relativer Mehrheit gewählten Abgeordneten geführt. In Schleswig-Holstein kam es 1961 z. B. zu 4 Überhangmandaten und damit zu einem Verhältnis von 14 : 10. Seinem Bevölkerungsanteil entsprechend ist Schleswig-Holstein im 5. Deutschen Bundestag mit 21 Abgeordneten vertreten. Die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Abgeordneten kann sich je nach Wahlbeteiligung und Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien erhöhen oder verringern; fest liegt nur die Zahl der Wahlkreis-Abgeordneten.

Reichlich 1,4 Mill. Zweitstimmen wurden am 19. September 1965 in Schleswig-Holstein für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag abgegeben. Die CDU erhielt davon 683 000 Stimmen oder 48,2%, die SPD 550 000 Stimmen oder 38,8%, die FDP 133 000 Stimmen oder 9,4% und die übrigen drei Parteien insgesamt 51 000 Stimmen oder 3,6%. Da diese übrigen Parteien bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt werden, errechnet sich sogar ein Anteil von 50% für die CDU, von 40,3% für die SPD und von 9,7% für die FDP. Für die CDU ergaben sich daraus 11 Abgeordnete, für die SPD 8 und die FDP 2. Da die CDU 10 Bewerber in den Wahlkreisen direkt durchgebracht hatte, verbleibt ihr nur noch ein Listensitz. Die SPD erhielt sieben Listensitze und die FDP, von der kein Wahlkreis-Kandidat erfolgreich war, zwei. Unter den Abgeordneten befindet sich wie bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen eine Frau, und zwar gehört sie der SPD an.

Um die Zweitstimmen hatten sich insgesamt 6 Parteien mit 113 Kandidaten beworben. Es ist also nur jeder 10. Kandidat gewählt worden. Die CDU und die SPD hatten jeweils 25, die FDP 20, die AUD 15, die DFU 18

Die Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen

Zahlen in Klammern = direkte Sitze

Wahl zum Bundestag	Sitze Insgesamt	davon entfielen auf				
		CDU	SPD	FDP	GDP (BHE-DP)	Übrige ¹
1.	23(14)	8(7)	8(6)	2(-)	3(-)	2(1)
2.	26(14)	14(14)	7(-)	1(-)	4(-)	-
3.	23(14)	14(14)	7(-)	1(-)	1(-)	-
4.	24(14)	13(13)	8(1)	3(-)	-	-
5.	21(11)	11(10)	8(1)	2(-)	-	-

1) Wahl zum 1. Bundestag = SSW 1, parteilos 1 (1)

und die NPD 10 Bewerber auf ihrer Landesliste aufgestellt. In der Mehrzahl waren die Wahlkreiskandidaten auch für die Landesliste nominiert.

Die CDU, die in Schleswig-Holstein aus allen bisherigen Bundestagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen ist, konnte auch diesmal die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen und lag über dem Bundesanteil von 47,6%. Sie erreichte sowohl der Anzahl als auch dem prozentualen Anteil nach das bisher günstigste Ergebnis. Sie konnte ihren Rückgang von der vorangegangenen Wahl aufholen und sogar das bisher beste Ergebnis von 1957 (48,1%) überflügeln. Gegenüber 1961 hat sie in allen Wahlkreisen mehr oder weniger kräftig zugenommen. Insgesamt verzeichnete die CDU einen Zuwachs von 113 000 Stimmen oder fast einem Fünftel. Die größte absolute Zunahme errang sie im Wahlkreis Stormarn - Hzgt. Lauenburg mit fast 17 000 Stimmen und die höchste relative im Wahlkreis Pinneberg mit über drei Zehnteln. Überdurchschnittliche Zuwachsraten ergaben sich in sechs Wahlkreisen: Flensburg, Steinburg - Süderdithmarschen, Plön, Segeberg - Eutin, Pinneberg, Stormarn - Hzgt. Lauenburg. Im

Wahlkreis Schleswig - Eckernförde, wo der geringste Zuwachs festgestellt wurde, waren es immer noch fast 6 000 Stimmen oder 12%.

In allen Wahlkreisen ist der Anteil der Erststimmen der CDU größer als der der Zweitstimmen; insgesamt differieren beide um über 32 000 Stimmen. Die Wähler haben also häufig von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die zwei Stimmen verschieden zu verteilen.

Die SPD, die fast kontinuierlich bei allen Bundestagswahlen an Stimmen zunimmt, mußte trotzdem auch diesmal der CDU den ersten Platz überlassen. Sie lag auch wieder unter dem Anteil, den sie im gesamten Bundesgebiet (39,3%) errungen hatte. Sie konnte ihre Stimmenzahl um 54 000 oder gut ein Zehntel erhöhen und damit ihren Anteil auf fast vier Zehntel stellen. Aber ihr Abstand zur CDU vergrößerte sich von gut 5 Punkten auf fast 10 Punkte. Gegenüber 1961 erzielte die SPD den größten Stimmengewinn im Wahlkreis Flensburg mit fast 12 000 Stimmen, womit sie ihre Stimmenzahl um fast die Hälfte erhöhen konnte. Sie hat damit anscheinend noch kräftiger als die CDU von der Nichtkandidatur des SSW profitiert.

Wahl der Landesliste

Wahlkreis	Bundestagswahl 1961 = B 4 1965 = B 5	Anzahl der gültigen Zweitstimmen	davon entfielen auf							
			CDU		SPD		FDP		Übrige ¹	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1 Flensburg	B 4	91 130	35 597	39,1	24 657	27,1	11 604	12,7	19 272	21,1
	B 5	91 648	43 090	47,0	36 586	39,9	8 559	9,3	3 413	3,7
2 Schleswig-Eckernförde	B 4	104 385	47 855	45,8	32 189	30,8	13 061	12,5	11 280	10,8
	B 5	105 924	53 707	50,7	38 417	36,3	10 336	9,8	3 464	3,3
3 Husum	B 4	109 942	51 244	46,6	30 322	27,6	17 388	15,8	10 988	10,0
	B 5	112 587	61 417	54,6	34 722	30,8	12 356	11,0	4 092	3,6
4 Steinburg-Süderdithmarschen	B 4	117 081	48 166	41,1	41 565	35,5	19 923	17,0	7 427	6,3
	B 5	118 101	58 846	49,8	42 225	35,8	12 809	10,8	4 221	3,6
5 Rendsburg-Neumünster	B 4	137 394	60 546	44,1	50 022	36,4	18 876	13,7	7 950	5,8
	B 5	140 592	70 542	50,2	52 986	37,7	12 948	9,2	4 116	2,9
6 Kiel	B 4	147 953	55 235	37,3	67 478	45,6	18 813	12,7	6 427	4,3
	B 5	152 815	63 075	41,3	71 759	47,0	12 374	8,1	5 607	3,7
7 Plön	B 4	108 051	44 565	41,2	41 901	38,8	12 950	12,0	8 635	8,0
	B 5	112 132	53 944	48,1	44 667	39,8	9 193	8,2	4 328	3,9
8 Segeberg-Eutin	B 4	109 466	47 128	43,1	34 903	31,9	18 023	16,5	9 412	8,6
	B 5	114 548	58 738	51,3	39 299	34,3	12 441	10,9	4 070	3,6
9 Pinneberg	B 4	129 004	51 245	39,7	52 336	40,6	18 379	14,2	7 044	5,5
	B 5	142 179	67 359	47,4	56 901	40,0	13 243	9,3	4 676	3,3
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	B 4	166 675	67 913	40,7	63 025	37,8	23 256	14,0	12 481	7,5
	B 5	177 333	84 755	47,8	67 856	38,3	17 681	10,0	7 041	4,0
11 Lübeck	B 4	142 285	59 722	42,0	57 330	40,3	16 346	11,5	8 887	6,2
	B 5	148 883	67 153	45,1	64 483	43,3	10 821	7,3	6 426	4,3
Schleswig-Holstein	B 4	1 363 366	569 216	41,8	495 728	36,4	188 619	13,8	109 803	8,1
	B 5	1 416 742	682 626	48,2	549 901	38,8	132 761	9,4	51 454	3,6

1) 1961 = GDP, SSW, DRP, DFU, DG
1965 = AUD, DFU, NPD

Überdurchschnittlich waren auch die Zuwachsraten, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß wie im Wahlkreis Flensburg, in den vier Wahlkreisen Schleswig - Eckernförde, Husum, Segeberg - Eutin und Lübeck. Anders als bei der CDU und FDP ist bei der SPD eine verhältnismäßig starke Übereinstimmung von Erst- und Zweitstimmen feststellbar.

Die FDP hat nicht nur ihren hohen Anteil von 1961 verloren, sondern ist auch noch, im Gegensatz zu 1961, unter dem Bundesanteil von 9,5% geblieben. Sie hat gegenüber 1961 beinahe 56 000 und damit drei Zehntel ihrer Stimmen eingebüßt. Die Abnahme ist ziemlich gleichmäßig in allen Wahlkreisen feststellbar. Besonders hoch war sie mit 36% oder 7 000 Stimmen im Wahlkreis Steinburg - Süderdithmarschen.

Von den übrigen Parteien erzielte die NPD, die erstmals kandidierte, das günstigste

Ergebnis. Sie blieb jedoch mit 34 000 Stimmen oder 2,4% selbst in Schleswig-Holstein weit unter der 5%-Grenze. Die größte Anzahl von Stimmen wurde für sie im Wahlkreis Lübeck mit 4 000 abgegeben, während sie den größten Anteil im Wahlkreis Plön mit 3% aller Zweitstimmen erreichte. Die DFU, die sich schon 1961 um Bundestagsmandate beworben hatte, konnte nur 15 000 Stimmen erreichen und mußte einen Rückgang ihres Anteils von 1,3% auf 1% in Kauf nehmen. Die erstmals kandidierende AUD bekam nur knapp 3 000 und damit 0,2% aller Stimmen.

Weitere Ergebnisse, wie Umrechnungen auf Landtagswahlkreise, politische Kreise und Gemeindegrößenklassen, werden im nächsten Monatsheft veröffentlicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Bundestagswahlen 1961 in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 220 (Oktober) und "Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 555 (September)

Die Gebäude in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins

In der Landwirtschaftszählung 1960 ist erstmalig auch nach Art und Alter der Gebäude gefragt worden. Dabei war jedes einzelne Gebäude nach seinem derzeitigen Verwendungszweck und nach dem Baujahr anzugeben. Bei zusammenhängenden Gebäuden galt jeder Teil als ein Gebäude, der von dem anstoßenden Gebäude vom Dach bis zum Grund durch eine Trennungswand (Brandmauer) geschieden war.

Befragt und bei Aufbereitung der Ergebnisse berücksichtigt wurden nur reine landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche; in denen ein Wohnhaus für den Betriebsinhaber nachgewiesen war und die nicht mit einem Gewerbebetrieb verbunden waren. Von den knapp 62 000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche, die 1960 in Schleswig-Holstein gezählt wurden, bleiben dadurch noch etwa zwei Drittel übrig, über die hier berichtet werden soll.

Als Ergänzung der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 sollen nachfolgend auch einige Ergebnisse der Gebäudezählung 1961 angeführt werden. Diese betreffen zwar einen etwas anderen Betriebskreis als die der Landwirtschaftszählung; sie können aber einige erwähnenswerte zusätzliche Informationen vermitteln.

Grundsätzlich sind in der Landwirtschaft wie in anderen Gewerbebezügen zwei Arten von Gebäuden zu unterscheiden: die Wohngebäude und die Wirtschaftsgebäude.

Von den hier erfaßten Betrieben wurden angegeben:

14 500	getrennt stehende Wohngebäude von Betriebsinhabern
4 700	" " Werkwohnungen
37 500	" " Wirtschaftsgebäude
29 900	Wohngebäude von Betriebsinhabern in baulichem Zusammenhang mit Wirtschaftsgebäuden
2 100	Werkwohnungen in baulichem Zusammenhang mit Wirtschaftsgebäuden

Mit den letztgenannten 29 900 Wohngebäuden von Betriebsinhabern und 2 100 Werkwohnungen standen 43 400 Wirtschaftsgebäude verschiedener Art in baulichem Zusammenhang.

Wohngebäude

Von den 44 400 Wohngebäuden der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe standen zwei Drittel in baulichem Zusammenhang mit Wirtschaftsgebäuden. Es überwiegt also eindeutig die enge räumliche Verbindung zwischen Wohn- und Wirtschaftsteilen, die schon für die alten Bauernhäuser Schleswig-Holsteins charakteristisch war.

Wie die folgende Übersicht zeigt, ist die Bauweise abhängig von der Betriebsgröße. Während in den Kleinbetrieben drei Viertel der Betriebsinhaberwohngebäude mit Wirtschaftsgebäuden verbunden waren, überwog bei den Betrieben von 50 ha LN an die räumliche Trennung von Wohn- und Wirtschaftsteil. Von den Betrieben mit 100 und mehr ha LN hatten fast 90% getrennte Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

Auch bei den nach 1945 neu gebauten Bauernhäusern überwiegt bis zu einer Betriebsgröße von 50 ha LN die räumliche Einheit von Wohn- und Wirtschaftsteil. Nur in den Großbetrieben ist bei den Neubauten wie auch bei den älteren und alten Gebäuden überwiegend eine Trennung von Wohn- und Wirtschaftsteil zu finden.

Die Wohngebäude¹ in landwirtschaftlichen Betrieben²

Größenklasse nach der LN in ha	Bauart 3)	Wohngebäude Insgesamt	davon ... erbaut			
			vor 1900	1900 – 1914	1915 – 1944	1945 und später
			% aller Gebäude			
0,01 – 10	a	3 494	48,4	18,7	16,2	16,7
	b	8 116	59,8	16,7	14,5	9,0
10 – 20	a	3 275	42,3	19,8	20,2	17,7
	b	8 803	52,2	18,5	19,0	10,3
20 – 50	a	5 629	45,4	22,3	20,1	12,2
	b	11 475	53,7	19,7	18,3	8,3
50 – 100	a	1 609	58,9	21,3	14,7	5,1
	b	1 414	63,4	19,0	12,6	5,1
100 und mehr	a	506	61,1	18,2	14,2	6,5
	b	81	51,9	22,2	16,0	9,9

1) Wohngebäude der Betriebsinhaber

2) nur reine landw. Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche

3) a) Wohnung und Stall/Scheune getrennt

b) " " " " " " zusammen

Die Mehrzahl der Wohngebäude der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe ist recht alt. Über die Hälfte dieser Wohngebäude wurde vor 1900 errichtet. Nach den Ergebnissen der Gebäudezählung 1961 ist ein großer Teil der Bauernhäuser noch erheblich älter als 65 Jahre. Etwa ein Fünftel der Bauern wohnen sogar in Gebäuden, die annähernd 100 Jahre alt und älter sind. Die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude sind, wie aus den Ergebnissen der Gebäudezählung ebenfalls hervorgeht, durchschnittlich wesentlich neueren Datums. In anderen Bundesländern dagegen gibt es noch wesentlich höhere Anteile alter Bauernhäuser als in Schleswig-Holstein. Im Bundesgebiet ist fast die Hälfte aller Höfe 100 und mehr Jahre alt.

Jeweils knapp ein Fünftel der landw. Betriebsinhaber wohnen in Gebäuden, die zwischen 1900 und 1914 und zwischen 1914 und 1945 erbaut worden sind und nur 10% in Neubauten aus den Jahren 1945 bis 1960.

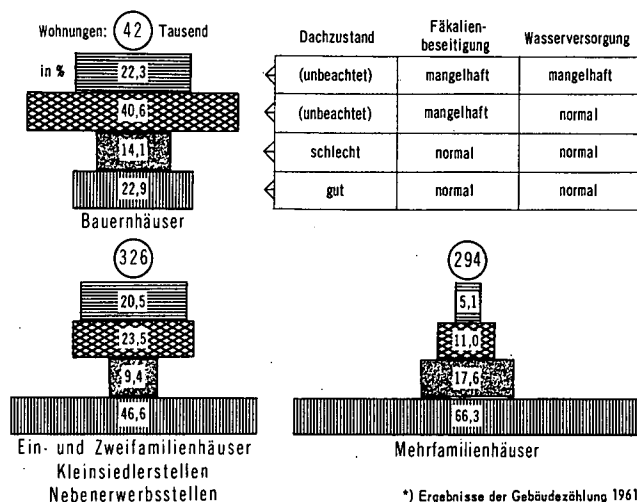
Allgemein sind die kombinierten Wohn-/Wirtschaftsgebäude älter als die alleinstehenden Wohngebäude. Darüber hinaus besteht auch eine Abhängigkeit von der Betriebsgröße. Relativ viel Neubauten sind in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zu finden, während nur 5% der Inhaber von großbäuerlichen Betrieben zwischen 50 und 100 ha LN neuere Gebäude bewohnen. Auch in den Großbetrieben sind noch überdurchschnittlich viele alte Wohngebäude zu finden.

Das Alter eines Wohngebäudes sagt allein nur wenig über seine Qualität und über die sanitäre und hygienische Ausstattung seiner Wohnungen aus. Bei der Gebäudezählung 1961 wurden daher die Wohngebäude und Wohnungen nach acht Gebäudetypen unterschieden. Oberster Gesichtspunkt für die Abstufung des Wohnwertes war dabei die Art der Wasserver-

sorgung, hinzu kamen zur Beurteilung der Wohnwürdigkeit die Art der Fäkalienbeseitigung und der Zustand des Daches¹.

D-3576

DIE QUALITÄT DER WOHNUNGEN IN SCHLESWIG - HOLSTEIN 1961*



Aus dem obigen Bild wird ersichtlich, daß die Qualität der Wohnungen in den Bauernhäusern allgemein sehr unbefriedigend ist. Die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erfüllen vergleichsweise zu einem wesentlich höheren Prozentsatz die Mindestanforderungen, die heute an die sanitären Anlagen und an die Hygiene gestellt werden müssen. Nur knapp ein Viertel der Wohnungen in den Bauernhäusern war 1961 als vollwertig anzusprechen (66% dagegen in den Mehrfamilienhäusern). Fast zwei Drittel aller Wohnungen in den Bauernhäusern hatten keine ausreichende Fäkalienbeseitigung, knapp ein Viertel nicht einmal ausreichende Wasserversorgung.

1) Nähere Ausführungen hierzu siehe "Die Qualität der Wohngebäude in Schleswig-Holstein" in Stat., Monatsh. 1963, S. 295 ff. (Oktober)

Seit 1961 dürfte sich der Anteil mangelhaft ausgestatteter Wohnungen auch bei den Bauernhäusern durch Neu-, Um- und Erweiterungsbauten zweifellos verringert haben. In welchem Ausmaß das bereits geschehen ist, kann nicht ermittelt werden. Betrachtet man jedoch die absolute Zahl von 32 000 mehr oder weniger stark renovierungs- oder ausbaubedürftigen Wohnungen in Bauernhäusern im Jahre 1961, so wird klar, daß auch heute noch mit einer beträchtlichen Zahl unzureichend ausgestatteter Wohnungen dieser Art gerechnet werden muß. Es wird noch große Anstrengungen und Mittel kosten, die Wohnungen der Bauernhäuser in ihrer Ausstattung annähernd auf den Stand städtischer Wohnungen zu bringen.

In den Kreisen

Der Nachholbedarf in bezug auf Neu- und Erweiterungsbauten der Wohngebäude in den landwirtschaftlichen Betrieben ist kreisweise sehr unterschiedlich.

Die günstigsten Verhältnisse sind im Kreis Plön festzustellen. Hier war der Anteil von zwischen 1945 und 1960 neu erstellten Wohngebäuden mit 20% doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Landes. Von den Wohnungen in Bauernhäusern waren nach der Gebäudezählung 1961 28% vollwertig² gegenüber 23% im Landesdurchschnitt. Auch die Kreise Hzgt. Lauenburg und Südtondern haben relativ hohe Anteile neuer und hygienisch vollwertiger Gebäude. Die relativ günstigen Verhältnisse dieser drei Kreise dürften durch die überdurchschnittliche Siedlungstätigkeit und durch die Maßnahmen im Rahmen des "Programms Nord" beeinflusst sein. Verhältnismäßig viele Neubauten wurden auch in den Kreisen Eckernförde und Oldenburg festgestellt. In der Qualität² liegen außer den genannten Kreisen Plön, Hzgt. Lauenburg und Südtondern noch die kreisfreien Städte sowie der Kreis Eutin über dem Landesdurchschnitt.

Am ungünstigsten sind die Verhältnisse im Kreis Eiderstedt zu beurteilen. 65% der Betriebsinhaber-Wohngebäude stammen dort aus dem vorigen Jahrhundert. Nur 10% der Wohnungen in den Bauernhäusern waren vollwertig. Recht viele alte Wohngebäude stehen auch noch in den landwirtschaftlichen Betrieben der Kreise Flensburg-Land, Schleswig und Steinburg. Sehr niedrige Anteile vollwertiger Wohnungen in den Bauernhäusern wurden außer in Eiderstedt auch in den

Kreisen Husum, Norder- und Süderdithmarschen festgestellt.

Die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude

Größe, Zustand und Art der Wirtschaftsgebäude stellen im Hinblick auf die Arbeitswirtschaft eines landwirtschaftlichen Betriebes einen bedeutenden Faktor dar. Während die Außenwirtschaft heute weitgehend mechanisiert werden kann, stehen einer wirksamen Mechanisierung der Innenwirtschaft überwiegend veraltete und ihrer Bauart wegen unzureichende Wirtschaftsgebäude entgegen. Nur in den wenigsten Fällen können alte Wirtschaftsgebäude durch Umbauten so gestaltet und eingerichtet werden, daß eine optimale Rationalisierung der Innenwirtschaft ermöglicht wird. Überwiegend wären Neubauten erforderlich, die finanziell normalerweise untragbar und außerdem bei derzeitigen Preis-Kosten-Verhältnissen sehr oft unwirtschaftlich sein würden.

Eine Übersicht über das Alter der landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude, die durch die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 geschaffen wurde, kann somit nicht nur Vorstellungen von den Arbeitsbedingungen in der Innen- und Hofwirtschaft der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern darüber hinaus auch vom Investitionsbedarf der Landwirtschaft für Gebäude geben.

Eine exakte Trennung der Gebäude nach ihrer Verwendungsart ist außerordentlich schwierig, da einzelne Gebäude und Räume sehr vielseitig und von Jahr zu Jahr anders verwendet werden können, vor allem aber weil die meisten Gebäude und sogar sehr viele Räume gleichzeitig verschiedenartig genutzt werden. So werden beispielsweise in einem "Kuhstall" auch Schweine, Pferde oder Geflügel untergebracht. Die in der Übersicht aufgeführten Gebäudegruppen umfassen daher im einzelnen noch recht verschiedenartige Gebäude.

In ungefähr der Hälfte aller Fälle stehen die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude mit dem Wohnteil des Betriebsinhabers in baulichem Zusammenhang; die übrigen sind zumindest durch eine Brandmauer von der Wohnung getrennt oder stellen ein räumlich völlig von der Wohnung getrenntes Gebäude dar.

Die Altersverteilung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude ist, wie die folgende Übersicht zeigt, stark von der Verwendungsart abhängig. Während von den Großviehställen, Schweineställen, Viehställen mit Scheunen und Scheunen jeweils rund ein Drittel im

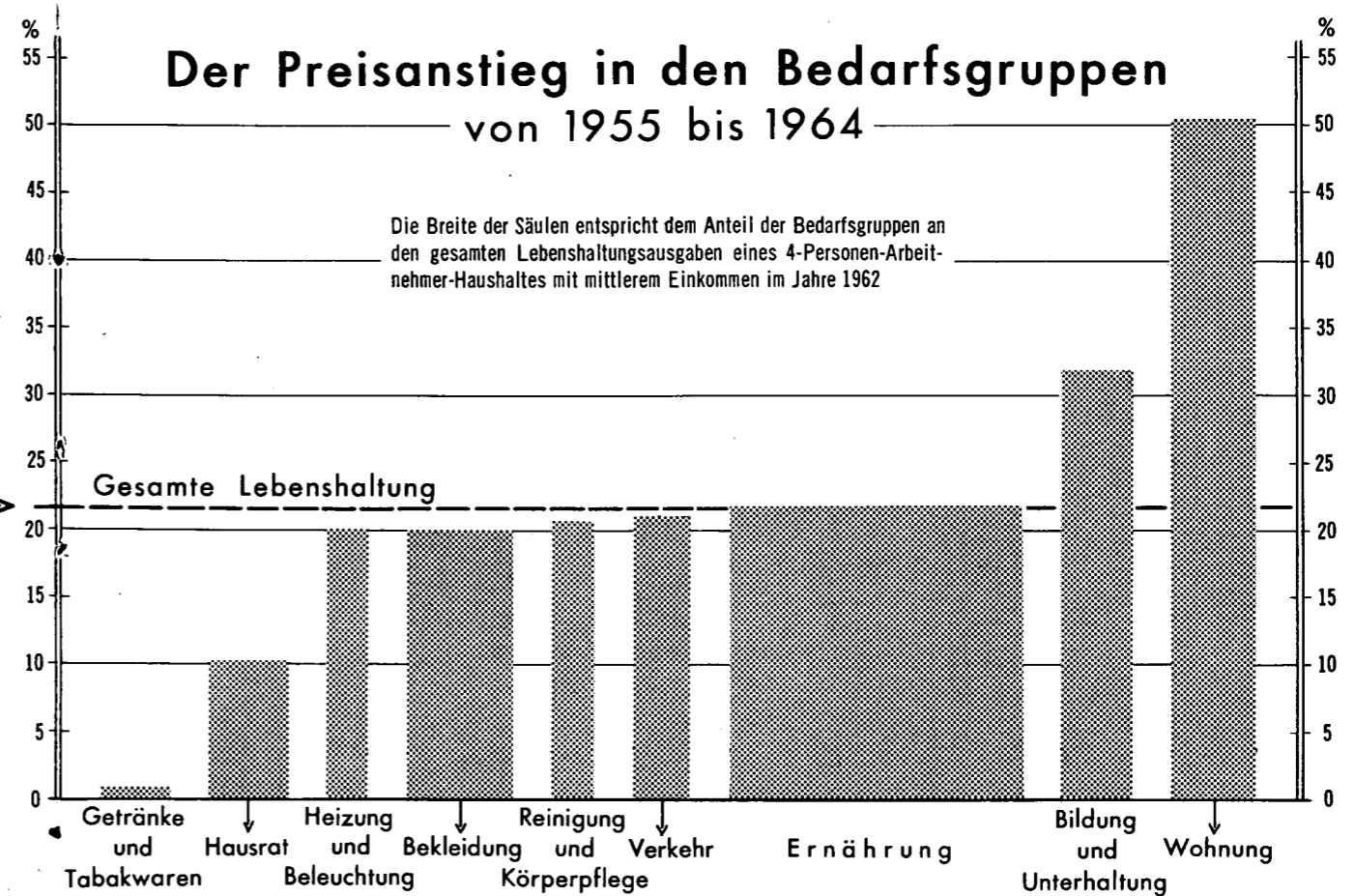
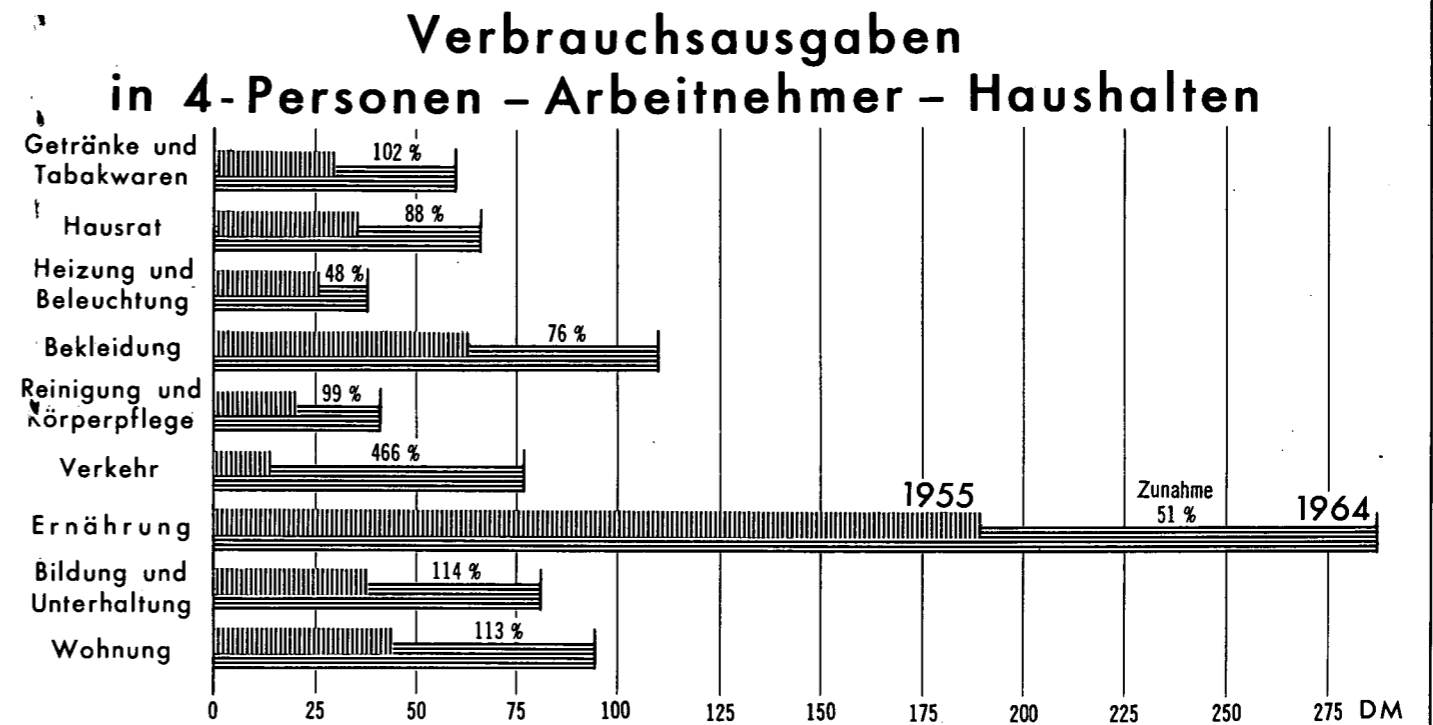
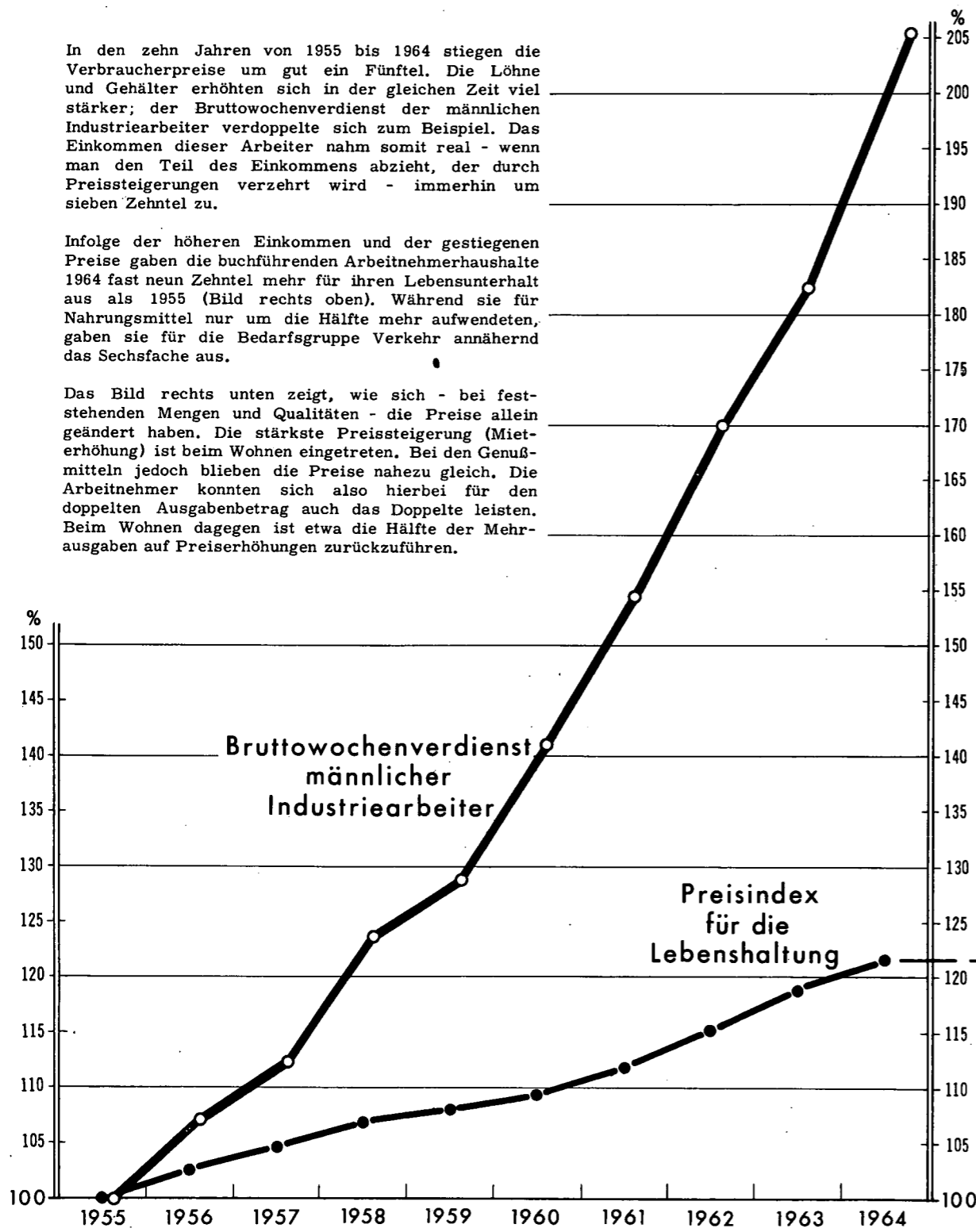
²) Anschluß an öffentl. Wasserversorgung oder eigene Wasserversorgung mit Zapfstellen in den Wohnungen, Fäkalienbeseitigung in Kanalisation oder Kläranlage (WC), guter Zustand des Daches

LÖHNE, PREISE, VERBRAUCHSAUSGABEN 1955 - 1964

In den zehn Jahren von 1955 bis 1964 stiegen die Verbraucherpreise um gut ein Fünftel. Die Löhne und Gehälter erhöhten sich in der gleichen Zeit viel stärker; der Bruttowochenverdienst der männlichen Industriearbeiter verdoppelte sich zum Beispiel. Das Einkommen dieser Arbeiter nahm somit real - wenn man den Teil des Einkommens abzieht, der durch Preissteigerungen verzehrt wird - immerhin um sieben Zehntel zu.

Infolge der höheren Einkommen und der gestiegenen Preise gaben die buchführenden Arbeitnehmerhaushalte 1964 fast neun Zehntel mehr für ihren Lebensunterhalt aus als 1955 (Bild rechts oben). Während sie für Nahrungsmittel nur um die Hälfte mehr aufwendeten, gaben sie für die Bedarfsgruppe Verkehr annähernd das Sechsfache aus.

Das Bild rechts unten zeigt, wie sich - bei feststehenden Mengen und Qualitäten - die Preise allein geändert haben. Die stärkste Preissteigerung (Miet-erhöhung) ist beim Wohnen eingetreten. Bei den Genussmitteln jedoch blieben die Preise nahezu gleich. Die Arbeitnehmer konnten sich also hierbei für den doppelten Ausgabenbetrag auch das Doppelte leisten. Beim Wohnen dagegen ist etwa die Hälfte der Mehr- ausgaben auf Preiserhöhungen zurückzuführen.



Die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude¹ 1960

Verwendungsart der Gebäude	Gebäude insgesamt	davon ... erbaut			
		vor 1900	1900 – 1914	1915 – 1944	1945 und später
		% aller Gebäude			
Großviehstall für Pferde und Rinder ²	11 249	32,5	23,5	24,2	19,8
Schweine ³	10 395	38,8	26,7	20,2	14,4
Viehstall für Pferde, Rinder, Schweine oder Schafe und Scheune ⁴	9 074	31,2	23,2	25,8	19,7
Kleinviehstall (für Geflügel und dgl.)	7 304	11,7	9,0	38,7	40,6
Scheune ⁵	14 874	31,4	19,6	27,2	21,8
Maschinenschuppen ⁶	21 889	14,3	14,5	31,7	39,5

1) nur in Betrieben mit 2 und mehr ha Betriebsfläche

2) auch zusammen mit Schweine-, Schaf- oder Kleinviehstall und sonstigen Wirtschaftsräumen ohne Scheune

3) auch zusammen mit Schafstall oder Kleinviehstall oder sonstigen Wirtschaftsräumen ohne Großviehstall und Scheune

4) auch zusammen mit sonstigen Wirtschaftsräumen

5) auch zusammen mit sonstigen Wirtschaftsräumen ohne Viehstall

6) auch zusammen mit sonstigen Wirtschaftsräumen ohne Viehstall oder Scheune

vorigen Jahrhundert und nur 14 bis 20% von 1945 bis 1960 erbaut wurden, stammen von den Kleinviehställen und Maschinenschuppen nur 12 bis 14% aus der Zeit vor 1900 und rund 40% aus der Zeit 1945 - 1960. Die Ursache hierfür dürfte weniger in der veränderten Wirtschaftsweise als vielmehr in der Bauart liegen. Kleinviehställe und Maschinenschuppen werden im Gegensatz zu den Großviehställen, Schweineställen und Scheunen zu einem wesentlich geringeren Prozentsatz massiv gebaut und müssen daher früher erneuert bzw. durch Neubauten ersetzt werden. Wie bei den Wohngebäuden läßt auch bei den Wirtschaftsgebäuden das Alter noch keinen eindeutigen Schluß auf ihren Zustand und Wert zu. Durch Umbauten und Installationen läßt sich auch der Gebrauchswert eines Wirtschaftsgebäudes erheblich steigern. In den wenigsten Fällen jedoch kann man dadurch ein Wirtschaftsgebäude den Erfordernissen einer rationellen Arbeitswirtschaft optimal anpassen. Auch die seit 1960 neu erstellten Wirtschaftsgebäude verändern das Bild, das sich aus den Ergebnissen von 1960 ergibt, nicht grundlegend. 1960 bis 1964 wurden etwas über 6 000 landwirtschaftliche Betriebsgebäude erstellt, das sind weniger als ein Zehntel der 1960 erfaßten Wirtschaftsgebäude.

Allgemein entspricht auch von den Wirtschaftsgebäuden wie von den Wohngebäuden der landwirtschaftlichen Betriebe ein sehr großer Anteil nicht mehr den heutigen Anforderungen in hygienischer und arbeitswirtschaftlicher Hinsicht.

In den Kreisen

Die Anteile alter Wirtschaftsgebäude der einzelnen Kreise weichen, wie die folgende Übersicht zeigt, teilweise stark vom Landes-

durchschnitt ab. Dabei sind erhebliche Unterschiede zwischen den Verwendungsarten festzustellen.

Relativ am stärksten sind die Betriebe in den kreisfreien Städten sowie in den Kreisen Flensburg-Land, Oldenburg, Eckernförde, Steinburg, Eutin, Eiderstedt und Plön mit alten Gebäuden belastet. Die Anteile vor 1900 errichteter Gebäude betragen in den genannten Kreisen bei zwei oder mehr Ver-

Anteile vor 1900 errichteter Wirtschaftsgebäude nach ausgewählten Gebäudearten in den Kreisen

Kreis	Von allen ...			
	Groß- vieh- ställen ¹	Schweine- ställen	Vieh- ställen ² mit Scheune	Scheunen
	wurden ... % vor 1900 errichtet			
Kreisfreie Städte zusammen	41	54	31	43
Eckernförde	44	44	31	33
Eiderstedt	37	25	41	27
Eutin	38	46	31	40
Flensburg-Land	43	49	37	33
Hzgt. Lauenburg	28	47	28	28
Husum	26	21	17	19
Norderdithmarschen	27	30	32	17
Oldenburg (Holstein)	38	47	36	44
Pinneberg	30	29	39	42
Plön	39	49	35	36
Rendsburg	27	34	27	30
Schleswig	35	40	35	30
Segeberg	24	36	18	24
Steinburg	36	34	53	52
Stormarn	29	34	23	23
Süderdithmarschen	26	30	30	25
Südtondern	19	21	16	16
Schleswig-Holstein	32	39	31	31

1) Großviehstall für Pferde und Rindvieh

2) Viehstall (für Pferde, Rindvieh, Schweine oder Schafe) und Scheune

wendungsarten annähernd 40%, in einigen Fällen sogar über 50%.

Weitaus am günstigsten sind die Verhältnisse im Kreis Südtondern zu beurteilen. Je nach Verwendungsart der Wirtschaftsgebäude stammen hier nur noch ein Fünftel aller Gebäude und weniger aus dem vorigen Jahr-

hundert. Erheblich höher als in Südtondern, jedoch merklich unter dem Landesdurchschnitt liegen die Anteile vor 1900 errichteter Wirtschaftsgebäude in den Kreisen Husum, Stormarn, Süderdithmarschen, Rendsburg und Segeberg.

Dr. Matthias Sievers

Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe in Schleswig-Holstein 1963 und 1964

Sozialhilfe

An die Stelle des seit 1924 entwickelten Rechts der öffentlichen Fürsorge ist ab 1. Juni 1962 das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I, S. 815) getreten. Die Fürsorgestatistik konnte jedoch erst ab 1. Januar 1963 umgestellt werden. Die neue Sozialhilfestatistik beruht auf dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I, S. 49). Sie besteht aus einer Jahresstatistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe einschl. Tuberkulosehilfe, der Krankenversorgung gem. LAG, der Geschlechtskrankenfürsorge, der Weihnachtsbeihilfen, der Sozialhilfe für Flüchtlinge aus Ungarn usw. (Teil 1), sowie aus einem Nachweis der Empfänger von Sozialhilfe (Teil 2).

Die Jahresstatistik der Sozialhilfe ist nicht ohne weiteres und uneingeschränkt mit der Statistik der öffentlichen Fürsorge vergleichbar. Nicht nur daß sich die rechtlichen und methodischen Grundlagen geändert haben, auch die Abgrenzung der Sachgebiete weicht voneinander ab. So werden die in der früheren "allgemeinen Fürsorge" enthaltenen pauschalierten Leistungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gem. §§ 25 - 27 BVG nunmehr als Leistungen der "Kriegsopferfürsorge" für sich nachgewiesen. Desgleichen werden die im Fürsorgeaufwand enthaltenen Aufwendungen für erzieherische Maßnahmen nach dem Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961 (BGBl. I, S. 1206), insbesondere die Fürsorgeerziehung für Zugewanderte, seit 1963 in der Statistik der "öffentlichen Jugendhilfe" erfaßt. Die Jahresstatistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe ist aber die Grundlage für die Abrechnung der Länder mit dem Bund über die nicht pauschal abgegoltenen Leistungen der Sozialhilfe im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe sowie über die Leistungen der überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die Tuberkulosehilfe geblieben.

Entsprechend den gewandelten Vorstellungen der Sozialpolitik sind die Begriffe "öffentliche Fürsorge, offene und geschlossene Fürsorge, Hilfsbedürftige, Richtsätze" durch "Sozialhilfe, Hilfe außerhalb von Anstalten und in

Anstalten, Hilfeempfänger, Regelsätze" ersetzt worden. Den früheren richtsatzmäßigen Fürsorgeleistungen entspricht die sog. Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfe zum Lebensunterhalt gliedert sich in laufende und einmalige Leistungen, die Hilfe in besonderen Lebenslagen umfaßt einen Katalog verschiedenartiger Leistungen, darunter die Tuberkulosehilfe. Die Statistik der Sozialhilfe folgt der vom Gesetz vorgezeichneten Gliederung. Über die finanzstatistischen Nachweisungen hinaus erfaßt sie nunmehr auch die Gesamtheit der Hilfeempfänger nach Alter, Geschlecht, Familie, Berufszugehörigkeit und Einkommensverhältnissen und gibt somit ein anschauliches Bild von der Struktur des Empfängerkreises.

Auskunftspflichtig für die Statistik der Sozialhilfe sind in Schleswig-Holstein die Sozialämter der vier kreisfreien Städte und der 17 Kreise als örtliche Träger der Sozialhilfe und das Landessozialamt als überörtlicher Träger. Infolge der sozialrechtlichen und statistischen Umstellung sind 1963 die Hilfeleistungen von den Berichtsstellen nicht einheitlich den einzelnen Hilfearten zugeordnet worden; dadurch wurde die Vergleichbarkeit der Kreisergebnisse beeinträchtigt, außerdem entstanden Differenzen gegenüber 1964. Auftretende Abweichungen und Veränderungen brauchen somit nicht immer in einem veränderten Umfang der Hilfestellung begründet zu sein.

Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein im Jahre 1963 rd. 85 Mill. DM für Sozialhilfe einschl. Tbc-Hilfe (ohne "weitere Leistungen") ausgegeben. Dieser Betrag überstieg den Aufwand der öffentlichen Fürsorge für das Jahr 1962 beträchtlich, nämlich um etwa 15%. 1953 waren für diese Zwecke 62 Mill. DM ausgegeben worden, bis 1962 steigerte sich der Aufwand um 12,4 Mill. DM. Allein von 1962 auf 1963 machte die Erhöhung 11,3 Mill. DM aus. 1964 stieg der Aufwand um weitere 3,2 Mill. DM auf 88,5 Mill. DM (4% mehr als im Vorjahr). Die Ursachen dieser auffälligen Steigerung sind vornehmlich in der Ausweitung

Bruttoausgaben der Sozialhilfe¹ und Aufwand je Einwohner
1953 bis 1964

Jahr	Bruttoaufwand für die Sozialhilfe			
	außerhalb von Anstalten	in Anstalten	insgesamt	
	1 000 DM			DM je Einwohner
1953	38 727	22 857	61 584	26,50
1954	40 575	25 475	66 050	28,90
1955	38 473	24 797	63 270	28,00
1956	39 596	26 262	65 858	29,30
1957	40 570	26 558	67 128	29,60
1958	41 595	29 634	71 229	31,30
1959	40 530	32 317	72 847	31,80
1960 ²	(28 564)	(24 759)	(53 322)	(23,10)
1961	36 517	34 319	70 836	30,40
1962	37 071	36 956	74 028	31,50
1963	46 588	38 782	85 370	35,90
1964	47 663	40 880	88 543	36,80

1) einschl. Tbc-Hilfe, ohne weitere Leistungen 2) nur 3 Vierteljahre

der Hilfe in besonderen Lebenslagen zu suchen: auf sie allein (einschl. Tbc-Hilfe) entfielen 1963 rund 43 Mill. DM (= 50% des Gesamtaufwandes), 1964 rund 48 Mill. DM (= 54%). Die Schwerpunktverlagerung von der Hilfe zum Lebensunterhalt auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen entspricht der Grundkonzeption des Bundessozialhilfegesetzes.

Fast sieben Zehntel des Gesamtaufwandes (68%) wurden 1963 und 1964 von den kreisfreien Städten und Kreisen verausgabt, 32% = 27 Mill. DM bzw. 28,3 Mill. DM vom Landessozialamt. Bei den örtlichen Trägern überwogen die Ausgaben für außerhalb von Anstalten gewährte Leistungen, beim überörtlichen Träger die Aufwendungen für die Unterbringung von Sozialhilfeempfängern in Anstalten und Heimen.

Vom Bruttoaufwand entfielen 1963 auf Hilfen außerhalb von Anstalten 55%, auf Hilfen in Anstalten 45%. Die außerhalb von Einrichtungen gewährten Hilfen erforderten 9,5 Mill. DM mehr als im Vorjahr, die Hilfen in Anstalten 1,8 Mill. DM. Daß sich der Anstieg der Anstaltshilfen in den schon im Vorjahr beobachteten Grenzen hielt, dürfte auf die Neuabgrenzung von Sozialhilfe- und Jugendhilfeleistungen zurückzuführen sein; Kosten für die Heimunterbringung Jugendlicher, die früher als Leistungen der geschlossenen Fürsorge galten, erschienen 1963 in der Jugendhilfestatistik. 1964 wurden 47,7 Mill. DM als Hilfe außerhalb von Anstalten, 40,9 Mill. DM als Hilfe in Anstalten erbracht (2 bzw. 5% mehr als im Jahre 1963). Der Anteil dieser Hilfearten am Gesamtaufwand veränderte sich von 1963 auf 1964 nur unwesentlich.

Von den Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt - das waren 50% des Gesamtaufwandes der Sozialhilfe 1963 - entfielen drei Viertel auf laufende Leistungen. Innerhalb der 42,7 Mill. DM Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen entfielen 1963 53% auf Hilfe zur Pflege, 18% auf Krankenhilfe und 11% auf die Blindenhilfe. Zu erwähnen sind noch die vorbeugende Gesundheitshilfe mit 8% und die Eingliederungshilfe für Behinderte mit 4%. Diese Anteile veränderten sich 1964 nicht wesentlich, die absoluten Beträge nahmen fast sämtlich zu. 85% der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt wurden 1963 für Hilfe außerhalb von Anstalten und 15% für Hilfe in Anstalten aufgewendet. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen verteilte sich umgekehrt mit 24% auf Hilfeleistungen außerhalb von Anstalten und 76% auf Anstaltshilfen. Die Tbc-Hilfe - bestehend aus Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen - setzte sich zusammen aus 4,6 Mill. DM für Hilfe außerhalb von Anstalten und 1,5 Mill. DM für Anstaltshilfe. Die

Bruttoausgaben der Sozialhilfe¹ nach Träger und Hilfeart 1964

Träger Hilfeart	Bruttoausgaben insgesamt 1964		davon entfielen auf			
			Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen	
	1 000 DM	% ↓	1 000 DM	% ←	1 000 DM	% ←
Kreisfreie Städte	23 030	26	14 389	62	8 641	38
Kreise	37 222	42	22 671	61	14 551	39
Örtliche Träger zusammen	60 252	68	37 061	62	23 192	38
Landessozialamt	28 291	32	3 924	14	24 366	86
Insgesamt						
1963	85 370		42 716	50	42 654	50
1964	88 543	100	40 985	46	47 558	54
davon						
außerhalb von Anstalten	47 663	54	35 510	75	12 153	25
in Anstalten	40 880	46	5 475	13	35 405	87

1) einschl. Tbc-Hilfe, ohne "weitere Leistungen"

Bruttoausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Hilfeart und Träger 1964

Hilfeart Träger	Bruttoausgaben insgesamt 1964		davon			
			außerhalb von Anstalten		in Anstalten	
	1 000 DM	% ↓	1 000 DM	% ←	1 000 DM	% ←
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	23	0	23	100	—	—
Ausbildungshilfe	616	1	443	72	173	28
Vorbeugende Gesundheitshilfe	3 437	7	255	7	3 182	93
Krankenhilfe	8 212	17	2 789	34	5 423	66
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	110	0	44	40	66	60
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 919	4	500	26	1 418	74
Tuberkulosehilfe	1 827	4	390	21	1 437	79
Blindenhilfe	4 725	10	4 723	100	2	0
Hilfe zur Pflege	26 054	55	2 564	10	23 491	90
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	358	1	296	83	62	17
Hilfe für Gefährdete	95	0	2	2	93	98
Altenhilfe	111	0	62	56	48	44
Sonstige Hilfe	72	0	62	86	10	14
Insgesamt	1963	42 654	10 204	24	32 450	76
	1964	47 558	12 153	26	35 405	74
darunter für Zugewanderte		528	147	28	381	72
Kreisfreie Städte		8 641	3 589	42	5 052	58
Kreise		14 551	7 756	53	6 795	47
Landessozialamt		24 366	808	3	23 558	97

Gesamtkosten der Tbc-Hilfe stiegen 1963 um 400 000 DM, 1964 fielen sie wieder um 540 000 DM.

Die Belastung je Einwohner Schleswig-Holsteins durch die Gesamtbruttoausgaben der Sozialhilfe einschl. Tbc-Hilfe im Jahre 1963 (ohne Kriegsofferfürsorge und Fürsorgeerziehung für Zugewanderte) betrug 35,93 DM. Im Jahre 1953 waren es je Einwohner 26,49 DM, 1962 31,48 DM gewesen.

Die Ausgaben der Sozialhilfe (ohne Tbc-Hilfe und sonstige Ausgaben des Landessozialamtes) betragen im Landesdurchschnitt je Einwohner 24,55 DM; in den kreisfreien Städten beliefen sie sich je Einwohner durchschnittlich auf 33,03 DM, in den Kreisen auf 21,15 DM. Die höchste Belastung hatte Flensburg mit 35,85 DM bzw. der Kreis Eckernförde mit 31,54 DM, die niedrigste Neumünster (31,77 DM) bzw. der Kreis Pinneberg (17,05 DM).

Infolge vermindelter Kostenbeteiligung betragen die Einnahmen 1963 rd. 19,5 Mill. DM (4% weniger als im Vorjahr), so daß knapp 66 Mill. DM reine Ausgaben verblieben. 67% waren Ersatzleistungen der Sozialleistungsträger, etwa 20% entfielen auf Unterhaltspflichtige, und 13% waren Kostenersatz, Beiträge u. a. Die Einnahmen aus Kostenerstattung für Hilfen innerhalb von Anstalten waren doppelt so groß wie die für Hilfen außerhalb von Anstalten. 1964 stiegen die Einnahmen gegenüber 1963 um 15% auf 22,4 Mill. DM, so daß ebenfalls rd. 66 Mill. DM reine Ausgaben entstanden. Die Bruttoausgaben

waren also in beiden Jahren zu etwa einem Viertel durch Einnahmen gedeckt. Die Erhöhung der Einnahmen von 1963 auf 1964 war in der Hauptsache auf eine Zunahme der Ersatzleistungen der Sozialleistungsträger zurückzuführen, während sich der Kostenersatz nach § 92 BSHG verminderte.

An "weiteren Leistungen" der Sozialhilfeträger neben der Sozialhilfe wurden 1963 7,3 Mill. DM aufgewandt; das waren 8% des Gesamtbruttoaufwandes von rund 93 Mill. DM. Unter den weiteren Leistungen ragten die Krankenversorgung gem. LAG mit 4,6 Mill. DM und die Weihnachtsbeihilfen mit 2,5 Mill. DM nach der Höhe der Ausgaben hervor. Die "weiteren Leistungen" 1964 betragen rund 8 Mill. DM, was ebenfalls 8% des Gesamtbruttoaufwandes von rd. 96,5 Mill. DM waren. Bei entsprechender Erhöhung gegenüber 1963 lagen wiederum die Krankenversorgung gem. LAG und die Weihnachtsbeihilfen an der Spitze der Ausgaben innerhalb dieses Leistungsbereichs.

Kriegsofferfürsorge

Bis 1962 sind die Leistungen der Kriegsofferfürsorge im Rahmen der früheren Statistik der öffentlichen Fürsorge nachgewiesen worden, seit 1963 wird eine besondere Jahresstatistik durchgeführt, die folgende Leistungen erfaßt: Leistungen der Kriegsofferfürsorge gem. §§ 25 - 27 e und § 64 b des Bundesversorgungsgesetzes sowie der Verordnung zur Kriegsofferfürsorge einschl. der entsprechenden Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, nach § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes, nach §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes und § 33 des Gesetzes über den zivilen

Ersatzdienst. Im ersten Teil werden die Ausgaben und Einnahmen, im zweiten Teil die Hilfeempfänger nachgewiesen, wobei lediglich der Bestand der Empfänger laufender Leistungen am Jahresende sowie die Fälle einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres durch die Träger der KOF ausgewiesen werden. Träger der KOF sind die 21 Fürsorgestellen für Kriegsofopfer der Kreise und kreisfreien Städte und die Hauptfürsorgestelle im Landessozialamt.

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge 1958 bis 1964

Jahr	Beihilfen	Darlehen	Insgesamt	
	1 000 DM		DM je Einwohner	
1958	8 811,9	48,0	8 859,9	3,90
1959	8 688,7	50,1	8 738,8	3,80
1960 ¹	(6 663,2)	(35,3)	(6 698,6)	(2,90)
1961	8 356,5	395,9	8 752,4	3,80
1962	8 687,2	793,3	9 480,5	4,00
1963	11 036,1	892,7	11 928,8	5,00
1964	10 759,1	734,2	11 493,3	4,80

1) nur 3 Vierteljahre

Die Bruttoausgaben für die KOF betragen 1963 in Schleswig-Holstein fast 12 Mill. DM und waren damit 26% höher als im Jahre

1962, obwohl die Zahl der Empfänger (wie schon seit einigen Jahren) zurückgegangen ist. Hiervon machten die Erziehungsbeihilfen 66% aus. 6,5 Mill. DM (54% der Gesamtausgaben) entfielen auf Erziehungsbeihilfen an Waisen, 1,45 Mill. DM (12%) auf Erziehungsbeihilfen für Kinder von Beschädigten. Für jede der 3 328 Waisen wurden im Durchschnitt 1 945 DM aufgewendet, für die 1 111 Kinder von Beschädigten je Kind im Durchschnitt 1 304 DM.

Die Ausgaben für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt beliefen sich auf 13% der Gesamtausgaben, die Ausgaben für Berufsfürsorge (Beihilfen und Darlehen) auf 10%, die Wohnungsfürsorge auf 4% und die Erholungsfürsorge auf 1%. Der Rest (5%) waren sonstige Hilfen. Die Berufsfürsorge war um 3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen*. 326 Kriegsbeschädigte und 894 Kriegshinterbliebene erhielten am Jahresende 1963 ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die Hauptfürsorgestelle verausgabte 8% des Gesamtaufwandes, 28% entfielen auf die kreisfreien Städte und 64% auf die Kreise.

2,2 Mill. DM (= 19% der Gesamtausgaben) entfielen allein auf Sonderfürsorgeberechtigte

Bruttoausgaben für die Kriegsofopferfürsorge nach Leistungsart und Träger 1964

Leistungsart	Bruttoausgaben insgesamt 1964		davon durch		
			kreisfreie Städte	Kreise	Hauptfürsorgestelle ¹
	1 000 DM	% ↓	% ←		
Berufsfürsorge	1 101	10	23	38	39
davon					
Beihilfen	677	6	38	62	0
Darlehen	424	4	-	-	100
Erziehungsbeihilfen	7 084	61	22	77	1
für Kinder von Beschädigten	1 725	15	18	82	-
an Waisen	5 360	47	23	75	2
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 708	15	50	50	0
Erholungsfürsorge	207	2	22	78	-
Wohnungsfürsorge	329	3	6	16	78
davon					
Beihilfen	71	1	24	76	-
Darlehen	258	2	1	-	99
Sonstige Hilfen	1 064	9	44	53	3
davon					
Beihilfen	1 012	9	46	54	0
Darlehen	53	0,5	14	23	63
Insgesamt					
1963	11 929		28	64	8
1964	11 493	100	28	65	7
davon entfielen auf					
Sonderfürsorgeberechtigte	2 109	18	26	56	18
sonstige Berechtigte	9 385	82	28	67	5

1) einschl. der Leistungen für Berechtigte im Ausland, soweit sie von der Fürsorgestelle Schleswig betreut werden

*) Sie wurde von den örtlichen Trägern in Form von Beihilfen, von der Hauptfürsorgestelle nur als Darlehen gewährt

(Ohnhänder, Kriegsblinde, Querschnittsgelähmte); das war mehr als das Doppelte des Vorjahres.

Die Bruttoausgaben je Einwohner Schleswig-Holsteins betragen 5,02 DM. Mit 6,38 DM waren sie im Kreis Steinburg am höchsten und mit 2,82 DM im Kreis Pinneberg am niedrigsten. Sie wiesen also in ihrer regionalen Verteilung beachtliche Unterschiede auf. Die kreisfreien Städte Lübeck und Neumünster lagen über dem Landesdurchschnitt, Kiel und Flensburg darunter.

Den Bruttoausgaben für die KOF standen Einnahmen von rund 800 000 DM gegenüber, so daß die reinen Ausgaben 11,1 Mill. DM betragen. Die Deckung durch Einnahmen belief sich also auf 7%.

1964 waren die Bruttoausgaben für die Kriegsofferfürsorge 4% niedriger als im Jahre 1963; sie betragen fast 11,5 Mill. DM, darunter 100 000 DM für Berechtigte im Ausland. Die Ausgaben für Berufsfürsorge (Beihilfen und Darlehen) mit 10% der Gesamtausgaben haben sich kaum verändert. Die Erziehungsbeihilfen verminderten sich um 11% auf 7,1 Mill. DM und machten somit 61% der Gesamtausgaben aus. Während die Anteile für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt mit 15%, für Wohnungsfürsorge mit 3% und Erholungsfürsorge mit 2% fast unverändert blieben, stiegen die Ausgaben für sonstige Hilfen von 5% im Jahre 1963 auf 9% (= 1,1 Mill. DM).

Der größte Betrag der Bruttoausgaben entfiel mit über 5 Mill. DM wiederum auf Erziehungsbeihilfen an Waisen, was aber nur noch einem Anteil von 47% an den Gesamtausgaben gegenüber 54% im Vorjahr entsprach. Es erhielten

nur noch 2 484 Waisen Erziehungsbeihilfen, so daß im Durchschnitt 2 158 DM je Waise aufgewendet wurden. Für Erziehungsbeihilfen an Beschädigte für ihre Kinder wurden 1,7 Mill. DM oder 15% ausgegeben, d. h. für 1 378 Kinder jeweils 1 251 DM. 541 Kriegsbeschädigte und 799 Kriegshinterbliebene erhielten Ende 1964 ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Für Sonderfürsorgeberechtigte wurden 1964 120 000 DM weniger als 1963 ausgegeben.

Die Belastung mit Kosten der KOF machte 1964 je Einwohner 4,78 DM aus. Sie war im Kreis Flensburg-Land mit 6,33 DM am höchsten und mit 2,63 DM im Kreis Pinneberg am niedrigsten. 1964 lagen die kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck über dem Landesdurchschnitt, Kiel und Neumünster darunter.

Nach Abzug der Einnahmen von 1,2 Mill. DM verblieben 1964 10,3 Mill. DM reine Ausgaben für die Kriegsofferfürsorge. Ein Zehntel der Ausgaben war durch Einnahmen gedeckt.

Der Aufwand der Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge im Bundesgebiet belief sich auf 2,3 Mrd. DM. Davon entfielen auf Schleswig-Holstein 105 Mill. DM. Die Belastung je Einwohner im Bund ergab 32,10 DM für Sozialhilfe und 5,40 DM für Kriegsofferfürsorge, zusammen 37,50 DM. Über dem Bundesdurchschnitt lagen die Stadtstaaten sowie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen, die übrigen Bundesländer lagen darunter.

Öffentliche Jugendhilfe

Das Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) regelt alle behördlichen Maßnahmen, die der Jugendpflege und Jugendfürsorge dienen,

Aufwand für Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge in Bund und Ländern 1963

Land	Insgesamt Mill. DM	und zwar				
		Sozialhilfe zusammen	davon		Tbc- Hilfe (in Sozialhilfe enthalten)	Kriegsoffer- fürsorge
			Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen		
DM je Einwohner						
Schleswig-Holstein	104,5	35,90	16,20	19,70	2,60	5,00
Hamburg	98,9	42,60	14,70	27,90	3,20	8,10
Niedersachsen	266,4	30,60	13,70	16,80	3,40	5,40
Bremen	38,8	45,20	20,80	24,40	4,50	5,50
Nordrhein-Westfalen	760,2	38,10	18,20	19,80	2,50	6,40
Hessen	210,2	33,30	13,40	19,90	3,00	5,60
Rheinland-Pfalz	93,6	22,00	9,60	12,50	1,00	3,30
Baden-Württemberg	242,1	22,70	8,20	14,50	2,00	4,50
Bayern	264,5	21,20	8,80	12,40	1,60	3,40
Saarland	36,2	27,50	14,00	13,50	2,40	3,80
Berlin (West)	203,7	75,80	52,60	23,20	7,40	11,00
Bundesgebiet	2 319,1	32,10	14,80	17,30	2,60	5,40

und grenzt diesen Aufgabenbereich gegenüber der Sozialhilfe ab. Organe der öffentlichen Jugendhilfe und Träger von Kosten sind die Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte sowie das Landesjugendamt. Während die Kosten der Jugendhilfe bis 1962 im Aufwand der öffentlichen Fürsorge enthalten waren, ohne dort gesondert ausgewiesen zu werden, bestimmt das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe, daß ab 1. 1. 1963 eine besondere Jahresstatistik durchzuführen ist. Der finanzielle Aufwand – ohne Verwaltungskosten und Investitionsaufwand – wird nach Hilfearten und Trägergruppen erhoben. Eine besondere Empfängerstatistik ist nicht vorgesehen, weil sich die Jahresstatistik auf (nach Maßnahmen gegliederte) Fälle erstreckt, die sich vielfach mit der Anzahl der betreuten Personen decken. Ein Anhang gibt über den Bestand an Einrichtungen der Jugendhilfe Auskunft. Die gesamte fürsorgliche Tätigkeit der Jugendämter ist statistisch nicht erfaßbar; aus dem umfangreichen Aufgabengebiet wird vornehmlich über den Pflegekinderschutz, das Vormundschaftswesen, die Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, die Jugendgerichtshilfe und den Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit berichtet.

Zahlen über den Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe im Jahre 1963 konnten infolge der statistischen Umstellung von den Jugendämtern nur teilweise oder unvollständig geliefert werden und wurden

daher nicht veröffentlicht. Lediglich die Ausgaben für die freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung standen fest; sie betrugen 1 155 000 DM und 3 205 000 DM. 1964 belief sich der entsprechende Aufwand auf 1 450 000 DM und 3 709 000 DM. Die Ergebnisse vor und nach dem Jahre 1962 lassen sich nicht exakt vergleichen, da das JWG insbesondere für den Pflegekinderschutz, die Schutzaufsicht – jetzt Erziehungsbeistandschaft – sowie für die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung sachliche Änderungen gebracht hat.

1964 wurden vom Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden Schleswig-Holsteins insgesamt 19,5 Mill. DM für die Jugendhilfe ausgegeben. Von den Kosten wurden ein Viertel vom Landesjugendamt (26 %) und drei Viertel von den örtlichen Trägern aufgebracht, d. h. von den Kreisen 33 %, von den kreisfreien Städten 41 %. Neun Zehntel dieser Ausgaben waren durch Maßnahmen der amtlichen Organe der Jugendhilfe verursacht worden, während der Rest aus Zuschüssen an die Träger der freien Jugendhilfe (§ 5 Abs. 4 JWG) bestand. Obwohl

Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe 1964

	Jugendhilfe		Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	Insgesamt
	außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen		
	1 000 DM			
Ausgaben¹				
Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt	4	50	15	69
Unterbringung in Familienpflege	2 107	–	–	2 107
Unterbringung in Heimpflege	–	6 700	0	6 701
Kindertagesstätten	–	1 717	487	2 203
Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe	–	11	10	20
Jugendberufshilfen	–	7	1	8
Vormundschaftswesen	5	–	0	5
Erziehungsbeistandschaft	3	–	–	3
Jugendgerichtshilfe	–	–	–	–
Beratungen in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	14	1	114	129
Adoptionswesen	–	–	–	–
Jugendschutz	16	0	0	16
Fortbildung auf dem Gebiet der Jugendhilfe	2	0	12	14
Erholungspflege	142	457	466	1 065
Freizeithilfen	310	804	443	1 557
Außerschulische Bildung	34	15	211	260
Freiwillige Erziehungshilfe	6	1 444	–	1 450
Fürsorgeerziehung	27	3 682	–	3 709
Sonstige Ausgaben	67	16	22	105
Übungs- und Leitungsaufgaben, Zentrale Förderung insgesamt	–	–	120	120
Förderung privater gewerbli. Träger	–	–	–	–
Ausgaben insgesamt	2 737	14 905	1 901	19 542
Einnahmen	855	2 355	–	3 210
Reine Ausgaben	1 882	12 550	1 901	16 332

1) einschl. Kosten der öffentlichen Einrichtungen, ohne allgemeine Verwaltungskosten der Jugendbehörden sowie ohne Aufwendungen für Investitionen

vom JWG den Einrichtungen der freien Jugendhilfe auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt bedeutsame Funktionen eingeräumt wurden, erreichte die finanzielle Förderung ihrer Träger nur die Höhe von 1,9 Mill. DM (= 10%). Im Bundesgebiet entfielen dagegen 1963 25% des Gesamtaufwandes auf Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe. Zuschüsse an private gewerbliche Träger kamen nicht vor.

Der Aufwand in Heimen und anderen Einrichtungen war sechsmal so groß wie der Aufwand außerhalb von Einrichtungen. Im Rahmen der Gesamtkosten stehen die Ausgaben für Unterbringung in Heimpflege mit 6,7 Mill. DM an der Spitze, nur 2,1 Mill. DM wurden demgegenüber für die Unterbringung in Familienpflege verausgabt. Für den Betrieb von Kindertagesstätten waren 1964 Ausgaben von 2,2 Mill. DM erforderlich. Die freiwillige Erziehungshilfe wurde

überwiegend in Heimen geleistet; dem diesbezüglichen Aufwand von 1,45 Mill. DM stand lediglich ein Betrag von 6 100 DM für Familienpflege gegenüber. Für Freizeithilfen wurden insgesamt 1,6 Mill. DM und für Erholungspflege 1 Mill. DM ausgegeben. Der Aufwand für alle übrigen Maßnahmen war im einzelnen wesentlich geringer.

Der nachgewiesene Aufwand für die Jugendhilfe im Bundesgebiet belief sich 1963 auf insgesamt 595 Mill. DM. Der Anteil Schleswig-Holsteins, der ebenso wie die Bundeszahl infolge einiger noch bei den Sozialämtern verbuchter Beträge nur annähernd richtig angegeben werden kann, beziffert sich auf 14,6 Mill. DM (= 2,4%). Das bedeutet je Einwohner im Bund eine Belastung von 10,29 DM, während für Schleswig-Holstein eine Belastung von nur 6,14 DM herauskommt. 1964 betrug bei einem exakt ermittelten Ge-

Aufwand für Sozialhilfe, Kriegsofopferfürsorge und Jugendhilfe 1964 nach Kreisen

Jahr Träger	Sozialhilfe							Kriegs- opfer- fürsorge (KOF)	Jugend- hilfe ¹	Aufwand für Sozialhilfe, KOF und Jugendhilfe in DM je Einwohner
	Hilfe zum Lebens- unter- halt	Hilfe in besonderen Lebens- lagen	Tbc- Hilfe	zu- sam- men	davon		Weitere Leistungen der Sozialhilfe- träger			
					in Anstal- ten	außerhalb von Anstal- ten				
1 000 DM										
1958	.	.	7 516	71 229	29 634	41 595	8 138	8 860	.	38,82
1961	.	.	6 700	70 836	34 319	36 517	6 584	8 752	.	37,01
1962	.	.	5 699	74 028	36 956	37 071	6 833	9 480	.	38,42
1963	38 525	40 763	6 083	85 370	38 782	46 588	7 302	11 929	14 584	50,17
1964	37 271	45 731	5 540	88 543	40 880	47 663	7 992	11 493	19 542	53,03
davon										
Flensburg	2 685	746	-	3 431	1 232	2 199	265	464	669	50,17
Kiel	5 266	3 417	-	8 683	2 305	6 378	659	1 206	3 597	52,30
Lübeck	4 907	3 691	-	8 597	2 767	5 831	769	1 206	2 519	54,89
Neumünster	1 531	788	-	2 319	796	1 523	260	330	1 174	54,27
Eckernförde	1 419	638	-	2 057	494	1 563	229	281	406	43,62
Eiderstedt	239	170	-	408	83	325	50	103	48	31,46
Eutin	1 667	842	-	2 509	574	1 935	397	561	297	40,80
Flensburg-Land	758	655	-	1 413	499	914	192	434	224	33,00
Hzgt. Lauenburg	1 731	1 198	-	2 928	573	2 356	463	719	463	33,62
Husum	814	363	-	1 177	392	785	147	327	166	28,02
Norderdithmarschen	651	415	-	1 066	264	801	196	278	141	28,63
Oldenburg (Holstein)	979	517	-	1 496	216	1 280	268	303	290	28,51
Pinneberg	2 095	2 265	-	4 360	1 582	2 778	573	625	1 015	27,63
Plön	1 651	950	-	2 602	606	1 995	351	476	372	33,47
Rendsburg	2 248	1 329	-	3 577	837	2 739	559	682	434	32,45
Schleswig	1 417	661	-	2 078	333	1 745	314	521	489	34,46
Segeberg	961	810	-	1 771	585	1 186	385	336	363	27,83
Steinburg	1 899	1 190	-	3 089	703	2 386	506	748	653	40,05
Stormarn	2 128	1 370	-	3 498	1 320	2 178	471	449	628	32,17
Süderdithmarschen	1 288	513	-	1 801	418	1 382	236	305	222	34,91
Südtondern	728	663	-	1 391	530	861	164	339	212	32,42
Örtliche Träger zus.	37 061	23 192	-	60 252	17 111	43 142	7 454	10 692	14 383	38,57
Landessozialamt ²	211	22 539	5 540	28 291	23 769	4 521	538	802	-	12,32
Landesjugendamt	-	-	-	-	-	-	-	-	5 159	2,14

1) 1958 bis 1962 in Sozialhilfe enthalten

2) einschl. der Leistungen für Berechtigte im Ausland, soweit sie von der Fürsorgestelle Schleswig betreut werden

samtaufwand von 19,5 Mill. DM die Belastung je Einwohner in Schleswig-Holstein 8,12 DM und dürfte damit ebenfalls unter dem (noch nicht bekannten) Bundesdurchschnitt gelegen haben. Die durchschnittliche Belastung in den kreisfreien Städten belief sich auf 11,70 DM, in den Kreisen dagegen nur auf 3,72 DM. Die höchsten Ausgaben je Einwohner hatte unter den kreisfreien Städten Neumünster mit 15,61 DM vor Kiel mit 13,30 DM, Lübeck mit 10,56 DM und Flensburg mit 6,95 DM; die höchsten Ausgaben je Einwohner unter den Kreisen hatte Eckernförde mit 5,96 DM, die niedrigsten Norderdithmarschen mit 2,40 DM.

Die Einnahmen aus Kostenbeiträgen der Minderjährigen, ihrer Eltern und sonstiger Unterhaltspflichtiger oder aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltsverpflichtete oder andere, z. B. Träger der Rentenversicherung oder des Lastenausgleichs, betragen 3,2 Mill. DM, so daß 1964 an reinen Kosten 16,3 Mill. DM verblieben. Es waren also durch die Einnahmen 16% der Ausgaben gedeckt.

Im vielschichtigen System der sozialen Sicherungen bilden die beschriebenen Gebiete der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe nur kleinere Ausschnitte. Es handelt sich um spezielle Maßnahmen, für die die anderen öffentlichen Sozialleistungseinrichtungen wie die Rentenversicherungen, die Kranken-, die

Unfall-, die Arbeitslosenversicherung, die Kriegsopferversorgung, der Lastenausgleich keine oder nur unzureichende Vorsorge treffen. Alle drei Sachgebiete haben seit 1960 eine gesetzliche Neuordnung ihres materiellen Rechts erfahren. Sie haben sich von je her berührt und überschritten, durch das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe sind sie seit 1963 statistisch zusammengefaßt, so daß ihre gemeinsame Betrachtung gerechtfertigt erscheint, obwohl sie Materien verschiedenen Ursprungs beinhalten.

Die gesetzliche Neuregelung hat in allen drei Bereichen zu einer starken Steigerung des Aufwandes geführt. Von 1962 zu 1963 allein stiegen in Schleswig-Holstein die Ausgaben um beinahe 29 Mill. DM oder 32%. Demzufolge erhöhten sich die Gesamtbelastung je Kopf der Bevölkerung von einem Jahr zum anderen von 38,42 DM auf 50,17 DM. 1964 wuchsen die Ausgaben um weitere 8,4 Mill. DM, d. h. sie betragen 7% mehr als 1963, so daß der Aufwand für die Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe insgesamt die Höhe von 128 Mill. DM erreichte. Die Pro-Kopf-Belastung stieg 1964 auf 53,03 DM.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Öffentliche Fürsorge 1962" und "Öffentliche Jugendhilfe 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 275 (September) bzw. S. 311 (Oktober)

Kurzberichte

Die Finanzierung des Studiums

Die Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet werden jeweils Anfang des Wintersemesters befragt, wie sie im vorhergehenden Sommersemester - soweit sie damals studierten - ihr Studium überwiegend finanziert haben. Im folgenden werden die Ergebnisse dieser Befragung für die Studierenden der Universität in Kiel untersucht.

Nach den Aussagen der Studierenden stehen auch heute noch die Mittel der Eltern als Finanzierungsquelle für das Studium (Lebensunterhalt und Studienkosten) weitaus an erster Stelle. Die Ergebnisse für die Studierenden an der Universität in Kiel zeigen, daß im Durchschnitt der sechs Sommersemester 1959 bis 1964 55% aller Studierenden ihr Studium überwiegend aus Mitteln der Eltern finanzierten. Dabei bestand ein Unterschied zwischen Studentinnen und Studenten. Während von den Studentinnen 61% auf Kosten der Eltern studierten, waren es bei den männlichen Kommilitonen nur 53%. Rund 13% aller Studierenden hatten - wie-

der als Durchschnitt aus sechs Semestern errechnet - die Studienförderung nach dem "Honnefer Modell" als überwiegende Finanzierungsquelle ihres Studiums angegeben. Bei dieser Finanzierungsart gab es keine Unterschiede zwischen Studenten und Studentinnen. Weitere 13% der Studierenden hatten andere öffentliche Finanzierungsquellen (Renten, Mittel aus LAG oder BVG, öffentliche Stiftungen usw.) in Anspruch genommen.

Insgesamt gesehen studierten im Durchschnitt der letzten Jahre rund ein Viertel aller Studierenden der Universität in Kiel mit Hilfe öffentlicher Mittel. Nicht gering ist der Anteil der Studierenden, die ihr Studium überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren. Im Durchschnitt der letzten sechs Semester betrug dieser Anteil 13%. Bei dieser Finanzierungsart besteht jedoch ein Unterschied zwischen Studentinnen und Studenten. Von den Studentinnen konnten nur 8% ihr Studium durch eigene Arbeit finanzieren und von den Studenten 14%. Lediglich 1% der Studierenden verließen sich auf die Mittel des Ehegatten. Dieser Anteil ist erstaun-

Die Finanzierung des Studiums an der Universität Kiel
im Durchschnitt der Sommersemester 1959 bis 1964

Überwiegende Finanzierung des Studiums	Deutsche Studierende		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	in %		
aus eigener Erwerbstätigkeit	13	14	8
aus Mitteln der Eltern	55	53	61
aus Mitteln des Ehegatten	1	1	1
aus sonstigen eigenen Mitteln (wie Erbschaft, Vermögen)	3	3	3
aus "Honnefer Modell"	13	13	13
aus sonstigen öffentlichen Mitteln	13	14	12
aus privaten Stiftungen oder Darlehen	0	0	0
ohne Angabe	1	1	1
Insgesamt	100	100	100

lich niedrig, wenn man bedenkt, daß im Wintersemester 1964/65 9% aller Studenten der Universität in Kiel und 5% aller Studentinnen verheiratet waren. Für 3% der Studierenden war es möglich, ihr Studium aus "sonstigen eigenen Mitteln" zu finanzieren. Zu dieser Rubrik rechnen Vermögen und Erbschaft, Geld aus privaten Stiftungen und anderen privaten Quellen (z. B. Darlehen von Firmen) floß nur spärlich. Weniger als 1/2% der Studierenden konnte ihr Studium auf solche Weise finanzieren.

Für das Sommersemester 1962 läßt sich der Zusammenhang zwischen der überwiegenden Finanzierung des Studiums und dem Bildungsstand des Vaters des Studierenden untersuchen. Selbst wenn nur von der groben Fragestellung "Hat der Vater eine abgeschlossene Hochschulbildung erworben?" ausgegangen wird, ergeben sich im Zusammenhang mit der Finanzierung interessante Aufschlüsse.

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß die Studierenden aus Akademikerfamilien in viel größerem Ausmaße auf Mittel der Eltern für die Finanzierung des Studiums zurückgreifen kön-

Überwiegende Finanzierung des Studiums:	Vater des deutschen Studierenden	
	Akademiker	Nicht- akademiker
	in %	
aus eigener Erwerbstätigkeit	8	14
aus Mitteln der Eltern	70	47
aus Mitteln des Ehegatten	1	1
aus sonstigen eigenen Mitteln (wie Erbschaft, Vermögen)	4	3
aus "Honnefer Modell"	6	19
aus sonstigen öffentlichen Mitteln	10	15
aus privaten Stiftungen oder Darlehen	0	0
ohne Angabe	1	1

nen als Studierende aus Nichtakademikerfamilien. Diesen stehen aber mehr öffentliche Mittel zur Verfügung. Sie bestreiten außerdem ihre Studienkosten häufiger durch Entgelte aus eigener Erwerbstätigkeit.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Produktionswerte und Investitionen der Industriebetriebe 1962

Die gesamte wirtschaftliche Leistung der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe belief sich im Jahre 1962 auf 7,75 Mrd. DM. Diese Gesamtleistung setzte sich zusammen aus dem Umsatz einschl. firmeninterner Lieferungen und Leistungen, den Bestandsveränderungen in Halbfertig- und Fertigerzeugnissen und dem Wert der selbsterstellten Anlagen. Um diese Leistung zu erbringen, wurde für knapp 4 Mrd. DM Material aller Art verbraucht. Der Wert der vergebenen Lohnarbeiten wurde hier wie der Materialverbrauch behandelt und ist in den knapp 4 Mrd. DM enthalten. Löhne und Gehälter beanspruchten gut 1,2 Mrd. DM. Vermindert man die Gesamtleistung (Bruttoproduktionswert) um den Materialverbrauch einschl. der vergebenen Lohnarbeiten, dann erhält man den Nettoproduktionswert der Betriebe. Er machte bei rund 1 400 schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 3,8 Mrd. DM aus. Auf die Beschäftigten umgerechnet ergab sich ein Durchschnittswert von etwa 21 800 DM. Setzt man den Nettoproduktionswert zum Bruttoproduktionswert in Beziehung, dann erhält man die Nettoquote, die sich für die Gesamtheit der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe auf knapp 49% stellte. Je nachdem, ob es sich um lohn- oder materialintensive Fertigungen handelt, schwankte die Nettoquote zwischen 80% (in der Ziegelindustrie) und knapp 18% (in den Molkereien und Käsereien). Im Schiffbau machte die Nettoleistung 37%, im Maschinenbau fast 55% der Gesamtleistung aus. In der elektrotechnischen Industrie war die Nettoquote mit fast 64% relativ hoch. Noch größere Unterschiede ergeben sich bei einem Vergleich der Nettoproduktionswerte je Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen. Mit etwas über 9 000 DM je Beschäftigten liegt die ledererzeugende Industrie am einen Ende der Skala, die Mineralölverarbeitung mit 78 000 DM je Beschäftigten am anderen Ende. Im Schiffbau wurden 13 300 DM, im Maschinenbau 15 500 DM je Beschäftigten erreicht.

Im Geschäftsjahr 1962 investierten die in Schleswig-Holstein ansässigen Industriebetriebe 452 Mill. DM. Unter Investitionen

Produktionswerte der Industriebetriebe 1962

Zusammengefaßte Industriegruppen / Zweige	Brutto- produktionswert	Material- verbrauch	Netto- produktionswert	Nettoproduktionswert je Beschäftigten in DM
	Mill. DM			
Nahrungs- und Genußmittel	2 687	1 471	1 216	46 072
Schiffbau	800	503	297	13 299
Maschinenbau	660	299	360	15 502
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	426	149	276	16 785
Sonstige Metallverarbeitung	675	363	312	15 147
Ledererzeugung, Lederverarbeitung, Schuhe, Textil und Bekleidung	541	294	248	12 498
Steine und Erden	327	117	210	29 091
Erdölgewinnung, Mineralölverarbeitung, Chemie	714	376	339	36 565
Papier und Druck	522	230	292	20 972
Sonstige Industrie	398	176	221	16 101
Gesamte Industrie	7 749	3 978	3 772	21 796

werden hier Bruttozugänge auf den Anlagekonten verstanden. Bei einem Umsatzwert einschl. firmeninterner Lieferungen und Leistungen von knapp 7,5 Mrd. DM machten die gesamten Investitionen etwas mehr als 6% des Umsatzes aus. Mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages, nämlich 240 Mill. DM, wurde für die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen aufgewendet. Für bebaute Grundstücke, d. h. zur Hauptsache für Gebäude, wurden 120 Mill. DM verwendet, für Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen 85 Mill. DM. Ein verhältnismäßig geringer Betrag von 7 Mill. DM wurde für unbebaute Grundstücke ausgegeben. Gemessen am Umsatz wurden recht hohe Investitionen,

nämlich 31% des Umsatzes, in der kunststoffverarbeitenden Industrie getätigt. In der Mineralölverarbeitung wurden fast 18% des Umsatzes investiert, in der Industrie der Steine und Erden über 10%. Die Investitionsintensität lag im Maschinenbau mit 6,3% des Umsatzes nur leicht über dem Durchschnitt, während im Schiffbau mit 4,4% des Umsatzes merklich weniger investiert wurde. Bei der Beurteilung dieses Ergebnisses muß allerdings berücksichtigt werden, daß es sich um möglicherweise zufallsbedingte Ergebnisse eines einzelnen Berichtsjahres handelt. Es ist daher noch nicht zulässig, die unterschiedlichen Investitionsraten als typisch für bestimmte Industriezweige anzusehen.

Investitionen der Industriebetriebe 1962

Ausgewählte Gruppen und Zweige	Umsatz ¹	Investitionen		Investitionen insgesamt je Beschäftigten ² in DM
		insgesamt	in % des Umsatzes	
	Millionen DM			
Industrie insgesamt	7 461	452	6,1	2 612
Mineralölverarbeitung	396	71	17,9	31 035
Steine und Erden	325	35	10,9	4 907
Maschinenbau	644	41	6,3	1 749
Schiffbau	602	26	4,4	1 183
Elektrotechnik	285	16	5,7	1 566
Chemische Industrie	281	21	7,3	3 238
Druckerei und Vervielfältigung	202	15	7,5	2 014
Textilindustrie	209	10	4,7	1 163
Bekleidungsindustrie	211	6	3,0	820
Ernährungsindustrie	1 977	81	4,1	3 244
darunter				
Molkereien, Käseereien	307	11	3,6	5 147
Fleischverarbeitung	238	8	3,3	2 256
Futtermittelindustrie	243	10	3,9	5 923

1) einschl. firmeninterner Lieferungen und Leistungen, aber ohne Handelsware

2) einschl. Heimarbeiter

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Methode und erste Ergebnisse des Industriezensus 1963" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 359 (Juni)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Höhenlagen	6/141
Gesundheitswesen	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
Tuberkulose 1964	8/172
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schülerbewegung in den Volksschulen	4/76
Universität, 300 Jahre –	5/99
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Straffälligkeit 1963	3/54
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler nach dem Zeitaufwand	6/124
Erwerbspersonen am Arbeitsort	2/45
Vertriebene in der Wirtschaft	6/142
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Erwerbsgartenbau, Produktionsstruktur –	7/158
Gartenbau, Betriebsstruktur im –	6/126
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
Milcherzeugung und -verwendung	4/78
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften	7/164
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Beschäftigtenstruktur im –	9/202
Handwerk, Betriebsgrundstücke im –	8/190
Handwerk, Strukturveränderung –	6/136
Handwerkliche Nebenbetriebe	8/191
Handwerksbetriebe nach der Rechtsform	8/190
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	10/219
Wasserversorgung der Industrie	9/207
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1964	2/35

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Einzelhandel 1964	7/167
Fremdenverkehr 1963 und 1964	2/41
Konsumgenossenschaften	8/188

Verkehr

Güterverkehr Wasser 1963	4/86
Postleistungen 1964	6/143
Schiffsbestand 1963	10/230
Unternehmen des Verkehrs	9/196

Öffentliche Sozialleistungen

Krankenstand 1949 bis 1964	5/116
----------------------------	-------

Öffentliche Finanzen

Bauinvestitionen, Kommunale –	9/213
Einkommen, Veranlagte – 1961	2/31
Einkünfte der freien Berufe	4/90
Einkünfte der Unternehmer	7/151
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
Landeshaushalt 1965	3/51
Vermögensteuer 1963	10/233

Preise

Baulandmarkt	3/58
Industrie, Erzeugerpreise in der –	9/210
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise –	4/94
Lebenshaltung, Preisindex für die –	7/148
Speisen und Getränke, Preise für –	1/21

Löhne und Gehälter

Personalstruktur Gewerbe	3/66
Verdienststruktur gewerbliche Wirtschaft	8/178
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	2/48

Sozialprodukt

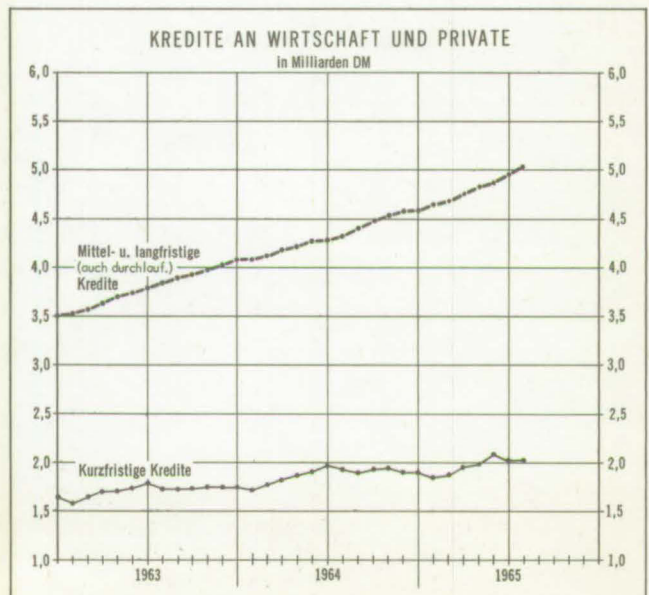
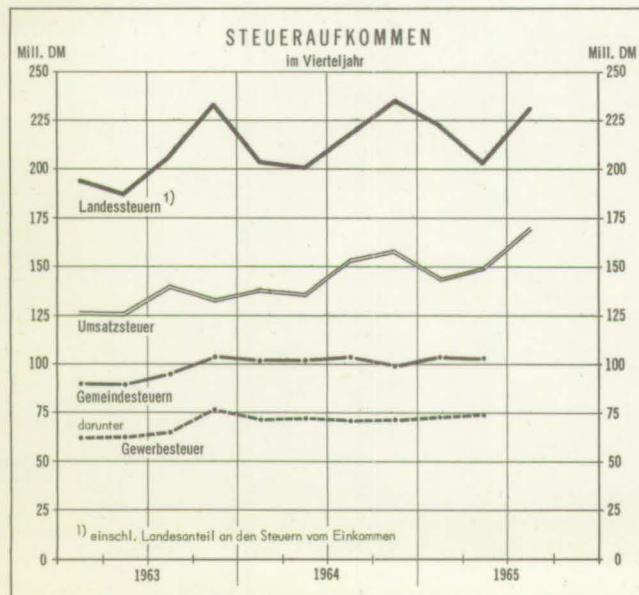
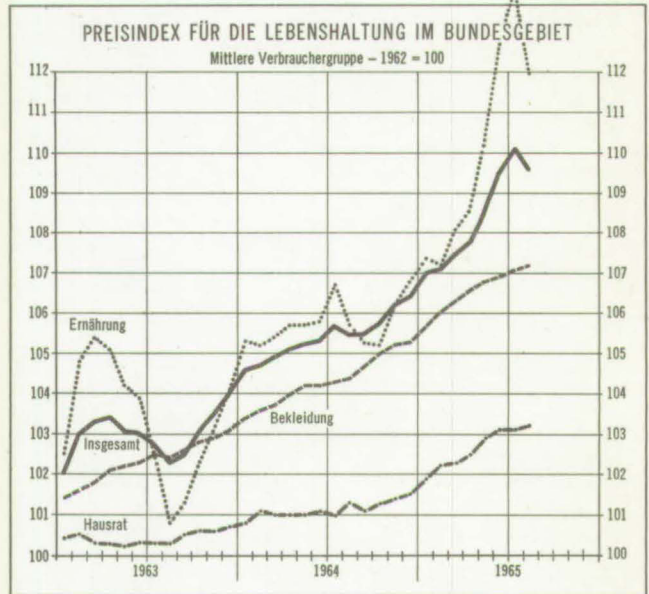
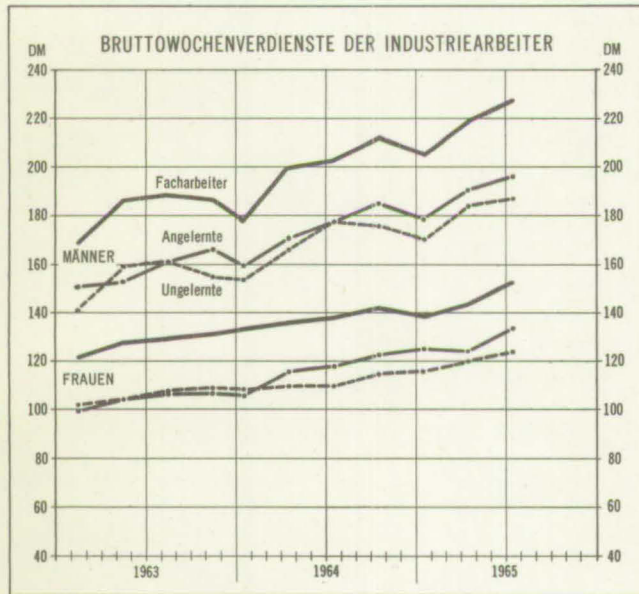
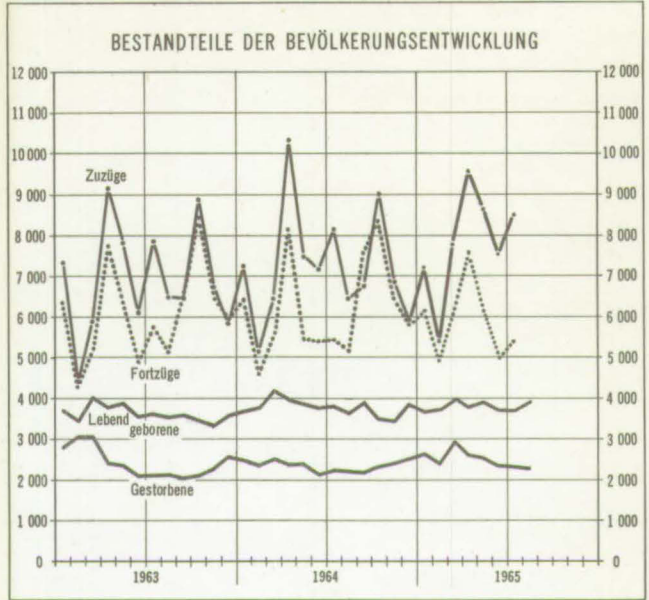
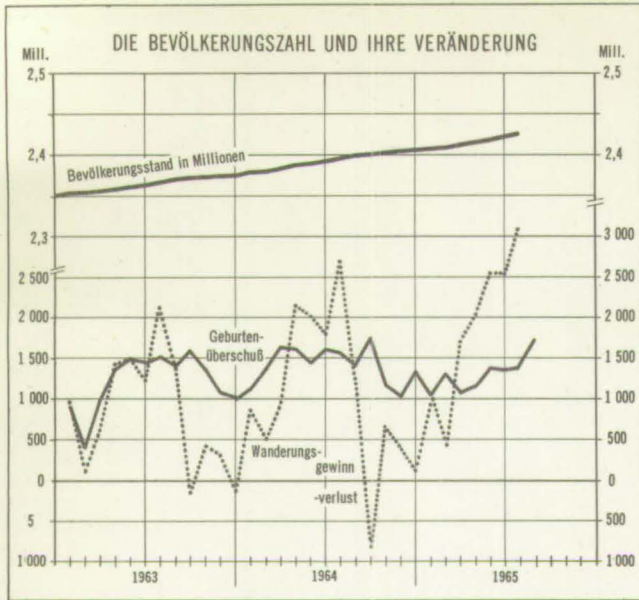
Bruttoinlandsprodukt der Kreise	2/28
Wirtschaftliche Leistung 1964	9/215

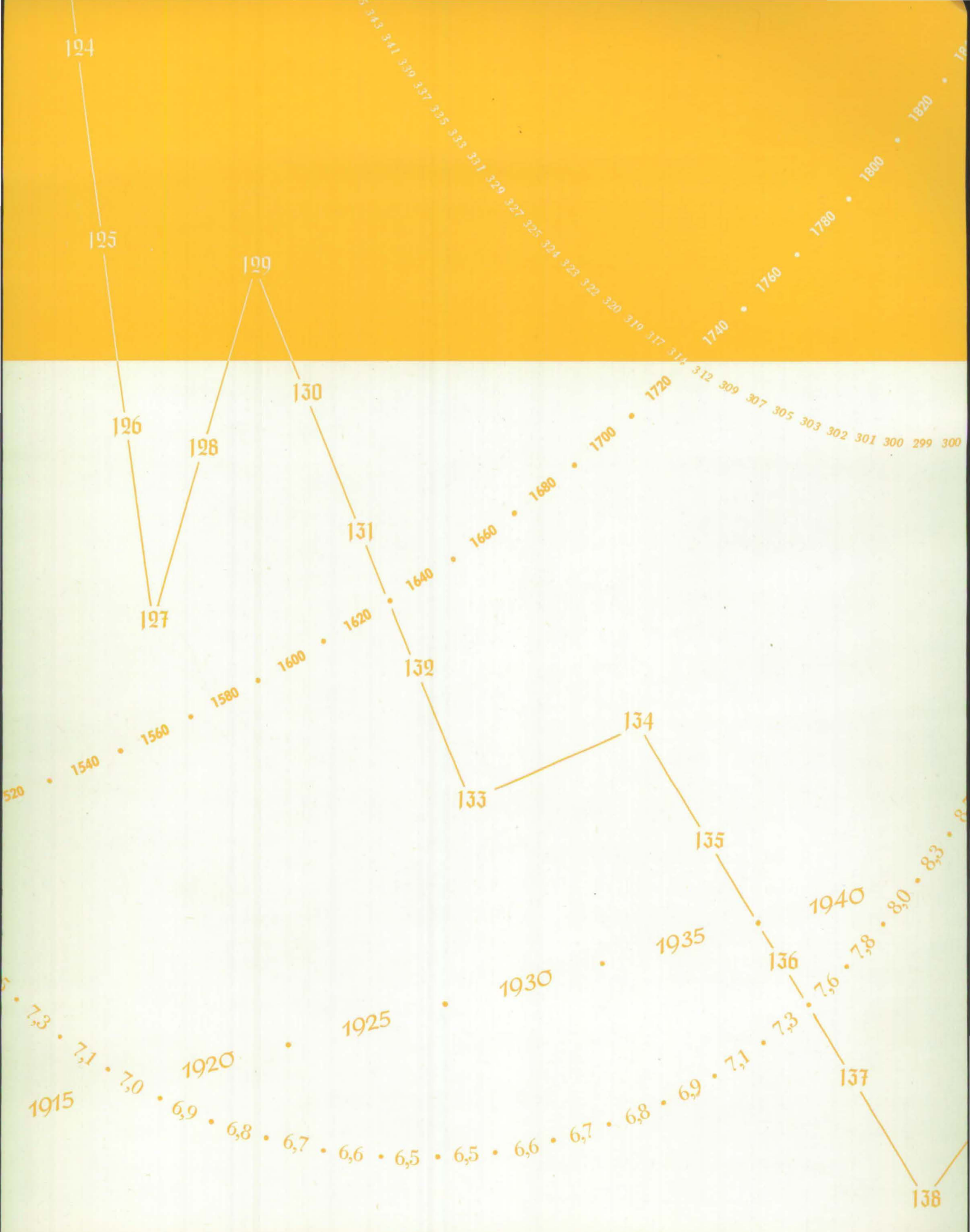
Wirtschaftsstruktur

Wirtschaftsräumliche Gliederungen	5/103
-----------------------------------	-------

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen